



Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 17.

Berlin, den 22. Juli 1917.

12. Jahrgang.

Ein gründlich verändertes Bild der Weltlage?

Berlin, den 17. Juli 1917.

Die „friedliche Umwälzung“, wie das regierungssozialistische Zentralorgan die parlamentarische Julioffensive des deutschen Reichstages nennt, vollzieht sich mit deutscher Langsamkeit und Gründlichkeit. Heute, 12 Tage nach dem Vorstoß Erzbergers wird immer noch „umgewälzt“, und erst am 19. Juli wird die Welt erfahren, was bei dieser Wätzerlei herausgekommen ist. Die große parlamentarische und politische Krise, die sich in den ersten Tagen wie ein tosender Strom durch die Fraktionszimmer des Reichstages ergoß und in den Zeitungspalten papierne Wellen schlug, ist im Laufe der letzten Zeit zu einem melancholisch glucksenden Bächlein geworden, das seine trüben Wasserlein über ein schlaches und sandiges Bett ergießt.

Die mit pompösen Worten angekündigte und mit allen parlamentarischen Knalleffekten inszenierte Neuordnung und Demokratisierung Deutschlands litt von vornherein an einem, für die deutschen Parlamentarier aber anscheinend ganz belanglosen Fehler. Die Demokratisierung sollte nämlich vor sich gehen ohne — demos, ohne die Mitwirkung des Volkes. Ein paar hundert, vor sechs Jahren in einer längst überwundenen Kulturperiode gewählter Parlamentarier und ein paar Kompagnien, auf ihren Redaktionsstühlen mehr oder weniger isolierter Zeitungsschreiber hielten sich für allein fähig und berufen, das deutsche Staatsleben umzukrempeln und, wie Herr Stampfer so schön sagt, das Bild der Weltlage gründlich zu verändern. Die Millionen aber, um deren Schicksal es sich bei der „friedlichen Umwälzung“ doch letzten Endes handelt, sollten in stummer Dankbarkeit hinnehmen, was ihnen erleuchtete politische Köpfe bescherten. Nun, die Beschörung ist auch danach.

Das erste, was die parlamentarischen Manager der deutschen Demokratisierung hätten tun müssen, wäre folgendes gewesen: „Sie hätten sagen müssen: da es sich heute um eine gründliche Neugestaltung des politischen Lebens unseres Volkes handelt, haben wir als Beauftragte des Volkes dafür zu sorgen, daß dieses Volk zu den jetzt brennenden Fragen Stellung nehmen und seine Willensmeinung darüber aussprechen kann. Wir aber haben zunächst die Pflicht, die Stimme des Volkes zu hören“. Im Parlament hätte diese Forderung auf Grund der gegebenen Situation bei einigermaßen ehrlicher demokratischer Energie dadurch verwirklicht werden können, daß die „einfußreichen“ Regierungsozialisten zu ihren Blodbrüdern gesagt hätten: „Für uns ist die erste Voraussetzung für eine durchgreifende Demokratisierung die Befragung und Mitwirkung des Volkes selbst. Wir beantragen daher jetzt nicht bloß platonisch, sondern mit allem Nachdruck die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. Wir erwarten von eurer Blodfreundschaft, daß ihr euch geschlossen hinter unseren Antrag stellt und ihn mit uns bis zur letzten Konsequenz verfehlet. Wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dem Volke Gelegenheit zu geben, in Versammlungen und in einer ungehinderten Presse zu seinen Lebensfragen Stellung zu nehmen.“ Es hätte sich dann sehr bald gezeigt, wie es um die Festigkeit und Ehrlichkeit des demokratischen Willens der bürgerlichen Mehrheitsparteien bestellt war. Hätten sie sich hinter die Forderung der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur gestellt, dann hätte der Reichstag auch die Macht gehabt, dies Verlangen durchzusetzen. Hätten sie es nicht getan, dann wäre ihr demokratisches Getue in seinem wahren Werte erkannt worden, und die Regie-

rungssozialisten hätten daraus ihre Konsequenzen ziehen müssen. Aber gerade vor diesen Konsequenzen hatten sie Angst, ihre Ebert, David, Scheidemann wollten sich aus dem großen parlamentarischen Intriguenspiel nicht „ausschalten“ lassen, sie haben daher gar nicht daran gedacht, einen Antrag der eben erwähnten Art einzubringen und durchzudrücken, obwohl er gerade im jetzigen Zeitpunkt notwendiger gewesen wäre als jemals zuvor. Und so hat sich denn die „große Umwälzung“ vollzogen ohne tätige Mitwirkung der Hauptperson, des Volkes selbst. Aber vertrauliche Beratungen in Fraktionszimmern, noch vertraulichere interfraktionelle Besprechungen, Besuche beim Ex-Kanzler Bethmann, Audienzen beim Kronprinzen, Hindenburg und Ludendorff sind alles andere als demokratische Mittel, um große demokratische Zwecke zu erreichen. Noch viel weniger ist es das Getuschel, sind es die Schiebungen, die hinter den Kulissen von geschäftigen Drahtziehern bewerkstelligt wurden.

Wir wissen sehr wohl, daß in einem entwickelten Staatswesen mit einer Bevölkerung von vielen Millionen die urwüchsige und primitive Form der Demokratie nicht möglich ist, daß es hier einer demokratischen Vertretung der breiten Volksmassen im Parlament bedarf. Aber dieses Parlament kann nur demokratisch wirken, wenn es stets in engster Fühlung mit dem demokratischen Mutterboden, dem Volke bleibt. Dieses demokratische Grundgesetz verlegt, sich in das Nebelreich einer diplomatischen Staatsmännerei versteigen zu haben, das ist der Hauptvorwurf, den wir gegen die Regierungsozialisten richten. Ihr Verhalten während der jetzigen politischen Krise verleiht diesem Vorwurfe doppelte Berechtigung.

Aber noch eine andere Forderung hätte von den angeblichen Verfechtern einer wirklichen deutschen Demokratie gleich zu Anfang der großen „Umwälzung“ erhoben werden müssen. Durch ihren Vorstoß vom 6. Juli haben die Mehrheitsparteien des Reichstages selbst zugestanden, daß das bisherige politische System in Deutschland, sagen wir milde, höchst anfechtbar sei. Dieses System hat aber eine große Anzahl politischer Opfer gefordert. Das Verlangen nach einer Demokratisierung Deutschlands hätte auch die durchaus demokratische Forderung einer Amnestie für alle politischen Verurteilten während der letzten drei Jahre in sich schließen müssen. In Oesterreich ist ein solcher Amnestieerlaß erfolgt und hat sicherlich dem Empfinden weiter Volkstreue entsprochen. In Deutschland haben die Parlamentarier aus lauter Sorge um die Befreiung von Ministerstühlen und Staatssekretärposten gar nicht daran gedacht, sich derer anzunehmen, die im ehrlichen Kampfe für Demokratie und Frieden der Justiz des bisherigen Regimes zum Opfer gefallen sind.

Wir erwarten von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß sie die Forderung auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur sowie die Forderung einer politischen Amnestie gerade jetzt erneut und mit verstärktem Nachdruck erhebt. Denn bei politischen Forderungen kommt es sehr auf den Zeitpunkt an, in dem sie gestellt werden. Bis jetzt hat die unabhängige Fraktion in der gegenwärtigen Tagungsperiode einen Vorstoß in der angedeuteten Richtung nicht machen können, da der Reichstag sich vierzehn Tage lang unter der Wirkung des Krisenfiebers selbst zur Untätigkeit verurteilt hat. Wir hoffen aber, daß die unabhängige Fraktion bei der ersten sich bietenden Gelegenheit der regierungsfähigen

Mehrheit die beiden Forderungen wirklicher Demokratie präsentiert. Von ihrer Erfüllung oder Nichterfüllung wird es abhängen, ob das Bild der Weltlage, soweit es sich um die innerpolitischen Zustände Deutschlands handelt, wenn auch nicht gründlich, so doch wenigstens etwas zu seinen Gunsten verändert hat.

Das Preußen-Wahlrecht.

Der einzig greifbare Erfolg der parlamentarischen Julirevolution von 1917 ist — die Aussicht auf Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen. Am 11. Juli erfolgte ein königlicher Erlaß, nach dem dem Landtage ein Gesetzentwurf „wegen Abänderung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes aufzustellen ist.“ Die nächsten Wahlen sollen bereits nach dem neuen Wahlrecht stattfinden.

Das regierungssozialistische Zentralorgan und die Mehrzahl der gleichgesinnten Parteiblätter der Provinz füttern darob die deutsche Arbeiterschaft mit Illusionen. Sie gebärden sich so, als ob das freie Wahlrecht in Preußen bereits eingeführt sei. Davon kann gar keine Rede sein. Es handelt sich zunächst nur um eine Ankündigung, um eine Anweisung der preußischen Krone an das Ministerium, einen Entwurf auszuarbeiten, über dessen Annahme oder Ablehnung das preußische Abgeordnetenhaus in seiner heutigen Zusammensetzung und das Herrenhaus zu entscheiden hat.

Solche Ankündigungen sind dem preußischen Volke schon mehrmals zuteil geworden. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 hieß es: „Es ist mein Wille, daß die auf Grundlage der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren sollen.“ Trotzdem ist das Dreiklassenwahlrecht bis auf den heutigen Tag in Kraft geblieben.

In der Osterbotschaft vom 7. April 1917 wurde gesagt, daß das Wahlrecht nach Beendigung des Krieges geändert werden solle, daß für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei und daß der nach Kriegsschluß vorzuliegende Gesetzentwurf unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen habe.

Alle diese Ankündigungen sind noch keine Erfüllungen. Nach all den Erfahrungen, die das preußische Volk gemacht hat, ist es ganz unangebracht, dem überschwänglichen Jubel der regierungssozialistischen Presse Glauben zu schenken. Die Arbeiterschaft hat vielmehr alle Ursache, der weiteren Entwicklung der preußischen Wahlrechtsfrage kühl und nüchtern entgegenzusehen. Das freie Wahlrecht in Preußen ist ihr noch nicht als reife Frucht in den Schoß gefallen; noch manche Widerstände werden zu überwinden sein, ehe die preußischen Wähler auf Grund des direkten, geheimen und gleichen Wahlrechtes ihre Abgeordneten wählen können. Von einem Wahlrecht der Frauen und anderen Erfordernissen eines unseren demokratischen Grundgesetzen entsprechenden Wahlsystems wollen wir gar nicht reden.

Das Bild der Weltlage hat sich, soweit Preußen in Betracht kommt, noch nicht gründlich geändert. Wir haben ein Versprechen der Krone, das allerdings, wie zugegeben werden muß, klarer und bestimmter formuliert ist, als die früheren Versprechungen. Einzulösen aber haben das Versprechen Faktoren, die sich bisher als verschiedene Feinde eines freien Wahlrechtes gezeigt haben.

Ganz unbestimmt ist auch der Zeitpunkt, an dem der jetzige preussische Landtag sein Urteil über das angekündigte Wahlgesetz sprechen soll. Die offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde werden nicht müßig sein, den Weg zu einer Demokratisierung Preußens so schwierig als nur irgend möglich zu machen.

Darum fort mit allem illusionärem Ueber-schwang. Ohne tätige Mitwirkung der Arbeiterschaft wird Preußen kein freies Wahlrecht erhalten.

Der neue Reichskanzler.

Auf der Fahne des Julibloodes steht die stolze Losung: Parlamentarisches Regime für Deutschland! In der rauhen Wirklichkeit der letzten Tage hat diese Losung aber kläglich verjagt. Bei der Befetzung der höchsten Regierungsstellen ist alles nach der alten Schablone gegangen. Der Reichstag hat ergeben hinnehmen müssen, was ihm vom hohen Olymp herab (wie das „Berliner Tageblatt“ in einem Anfall von Selbstironie sagte) beschert wurde. In all das Geschwätz über Personalfragen, das die Spalten der Blätter füllte, plagte die Kunde von der Verabschiedung Bethmann-Hollwegs und der Ernennung seines Nachfolgers Dr. Michaelis, der zuletzt preussischer „Ernährungsdiktator“ war. Nun hatten die politischen Zeichendeuter und Gebärdenpäher wieder gute Zeit. Es verlohnt sich nicht, auf all das Zeitungsgeschwätz, das dem in der Versenkung verschwundenen Bethmann nachsag und dem neuen Reichskanzler entgegenlatterte, näher einzugehen. Für uns genügt die Konstatierung der Tatsache, daß sich auch in bezug auf die Parlamentarisierung des politischen Lebens in Deutschland das Bild nicht im mindesten geändert hat.

Der neue Reichskanzler wird erst am 19. Juli der deutschen Volksvertretung einen kleinen Einblick in sein politisches Glaubensbekenntnis gestatten. An Vorschlaglorbeeren hat es ihm bis jetzt nicht gefehlt. Vor allem rühmte ihn die konservative Presse als Mann von christlicher Gesinnung und konservativer Anschauung. Im „Berliner Tageblatt“ wurde er der „Durchhaltetanzler“ genannt.

Die Friedenskundgebung des Julibloodes.

Nach tagelanger emsiger Arbeit haben die verbündeten Mittelparteien des Reichstages eine Friedenskundgebung eingeleitet, die als Resolution im Reichstage eingebracht werden soll und u. a. von David, Ebert, Molkenbühr, Scheidemann und Südekum unterzeichnet ist. Wie der neue Reichskanzler zur Friedensfrage steht, weiß bis heute kein Mensch. Die Friedensfrage hat auch schon die ursprüngliche Blockbrüderchaft erschüttert. Die Nationalliberalen als Partei wollten von der Friedensformel Scheidemann-Erzberger nichts wissen. Sie haben den Mitgliedern ihrer Fraktion die Abstimmung darüber freigestellt. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau brachte folgende Meldung über die Friedenskundgebung:

„Die Mehrheit des Reichstages, die sich zusammensetzt aus den Fraktionen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten, eines Teils der Deutschen Fraktion und einzelner Mitglieder anderer Fraktionen, hat sich auf folgendes Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlegen wird:

Wie am 4. August gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebiets-erwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“

Wir müssen uns versagen, diese Kundgebung kritisch zu würdigen. Entgegengetreten müssen wir aber der regierungssozialistischen Presse, die den Arbeitern vorzuspiegeln sucht, diese Kundgebung entspräche durchaus den Friedensgrundsätzen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates. Unsere Leser brauchen nur den in dieser Nummer enthaltenen Aufruf der russischen Sozialisten zur Stockholmer Konferenz mit dem Text der Kundgebung der deutschen Reichstagsmehrheit zu vergleichen, um diese Irreführung festzustellen. So verlangen die russischen Sozialisten einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen (Kriegsentschädigungen) gegründet auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Von diesem Rechte ist in der Kundgebung der deutschen Reichstagsmehrheit keine Rede.

Wir fürchten, daß dieses „geschichtliche Dokument“, wie es der „Vorwärts“ nennt, in seiner Fernwirkung das Bild der Weltlage nicht so gründlich ändern wird, wie man es im Interesse des Friedens wünschen möchte.

Ueber all dem Staub, den die deutsche Parlamentsrevolte aufgewirbelt hat, redt sich von Tag zu Tag düster und drohender das Gespenst des vierten Kriegswinters.

Wochenschau.

Vom 10. bis 17. Juli 1917.

Kriegsereignisse: An der Westfront haben in der vergangenen Woche an mehreren Teilabschnitten Kämpfe stattgefunden, die an Heftigkeit die Gefechtsabhandlungen der letzten Wochen übertrafen. An der flandrischen Küste erfolgte im weiteren Umkreis von Combray ein größerer Vorstoß deutscher Marinetruppen, denen es gelang, den Engländern einen empfindlichen Geländeverlust zuzufügen. In wiederholten Gegenstößen, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind, versuchten die Engländer die Schluppe wieder auszugleichen. Lebhafteste Kampfeskämpfe herrscht seit Wochen im Befehlsbereich des deutschen Kronprinzen, wo in den letzten Tagen an den drei Gefechtszentren — am sogenannten Dammeberg, bei Reims und bei Verdun — die Artillerie- und Infanteriekämpfe nicht aussetzten. Nach französischen Meldungen sollen die ersten amerikanischen Truppen zur englisch-französischen Front abgegangen sein. — An der Ostfront hat die große Kraftanstrengung der Offensive des Generals Brusilow nachgelassen, dafür ist aber die Gefechtsaktivität im Rahmen des Stellungskrieges an der ganzen russischen Front von der Dnieper bis zu den Karpaten lebhafter geworden.

Ausland: In Ungarn hat der Ministerpräsident Graf Esterhazy eine Rede gehalten, in der er sich sehr entschieden für einen annexionslosen Frieden aussprach. Gleichzeitig betonte er die völlige staatliche Gleichberechtigung Ungarns neben Oesterreich. — Die ungarische Regierung hat eine weitgehende Milderung der Zensur angeordnet.

In Rußland ist in der vergangenen Woche der Kongress des russischen Arbeiter- und Soldatenrats zu Ende gegangen. Er setzte am Schluß seiner Verhandlungen ein Exekutivkomitee ein, das die sozialistischen Minister und damit die ganze provisorische Regierung zu überwachen hat, und dem die sozialistischen Minister verantwortlich sind. Ein gleichzeitig abgehaltenes allrussischer Gewerkschaftskongress beschloß, die Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats zu unterstützen. Das Abstimmungsergebnis zeigt aber, daß eine starke Minderheit des russischen Industrieproletariats auf der Seite der extrem-radikalen Bolschewiki steht und die Politik der im Arbeiter- und Soldatenrat vertretenen sozialistischen Mehrheit nicht billigt. Der Unterstützungsbeschuß des Gewerkschaftskongresses wurde nämlich mit 103 Stimmen bei 70 Enthaltungen gefaßt. — Nach dem Vorbilde der Kriegskommission bei den Armeen der großen französischen Revolution

sind vom Kriegsminister Kerenski Militärkommissionen aus Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats bei den einzelnen Oberkommandos gebildet worden, die politische Differenzen zwischen Truppen und Armeeleitungen zu schlichten haben. — Seit Beginn der Offensive nehmen die Angriffe der Bolschewiki auf provisorische Regierung und Mehrheit des A- und S-Rates an Heftigkeit zu. Ende Juni wollten die Extrem-Radikalen eine große Demonstration in Petersburg veranstalten, die aber vom Kongress des A- und S-Rates unter Tscheidkes Leitung verhindert wurde. Die Bolschewiki werfen der Mehrheit Schwäche gegenüber den kapitalistischen Gewalten vor. Sie behaupten, die Offensive sei ein Entgegenkommen zugunsten der englischen und amerikanischen Kapitalisten. Fest steht, daß die provisorische Regierung angesichts der völligen Zerrüttung der Finanzen des Staates wie der Staatsverwaltungen auf den guten Willen der englischen und amerikanischen Geldgeber angewiesen ist. Die sozialistische Mehrheit wirft den Extrem-Radikalen vor, daß sie durch ihre einseitig-doktrinaire Taktik den Mächten der Gegenrevolution Vorschub leisten. Da das Ausland nur unvollkommen über den wahren Stand der Dinge im russischen Riesenreiche mit seiner starken Bauernbevölkerung und seinen vielen Nationalitäten unterrichtet ist, da wir auch nicht beurteilen können, inwieweit die Nachwirkung des alten, verlotterten zarischen Systems die provisorische Regierung und den A- und S-Rat zu bestimmten Maßnahmen zwingt, ist es schwer aus der Ferne zu entscheiden, ob die Taktik der Bolschewiki oder die der sozialistischen Mehrheit, die doch auch Beweise revolutionärer Energie erbracht hat, die richtige ist. — Neben den sozialen Kämpfen innerhalb der russischen Revolution gehen auch die nationalen Kämpfe her. So ist in Rußland am Werk, seine vollständige neutrale Unabhängigkeit von Rußland durchzusetzen. Der finnische Landtag hat bereits ein entsprechendes Verfassungsgesetz beschlossen, stößt aber auf Widerspruch der russischen provisorischen Regierung. Ebenso sind in der Ukraine (Südrußland) die Selbstständigkeitsbestrebungen sehr stark, wurde doch sogar schon die Proklamierung einer unabhängigen ukrainischen Republik gemeldet. Der Kriegsminister Kerenski, der zur Beruhigung der Gemüter mit einigen anderen der radikalen Politikern nach Südrußland gereist war, soll dort die Zusicherung gegeben haben, daß die künftige Verfassung Rußlands die Form einer großen, aus einzelnen nationalen Republiken bestehenden Bundesrepublik haben werde.

Die brutal-einseitige Logik des entfesselten Krieges, die überall auf dem Grundsaß beruht, den Gegner mit allen verfügbaren Mitteln und an jeder nur erreichbaren Stelle zu treffen, zwingt jetzt auch Amerika in ihren Bann. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nach englischem Vorbilde eine strenge Ausfuhrsperrung über die neutralen Länder verfügt, um es diesen unmöglich zu machen, amerikanische Rohstoffe, Lebens- und Genussmittel an die Mittelmächte zu verkaufen.

Die peinliche Angelegenheit des deutschen Bombenkuriers in Norwegen ist durch eine entschuldigende Note der deutschen Regierung beigelegt worden.

Die innere Politik Deutschlands stand vollständig im Zeichen der großen parlamentarischen Krise. Die spärlichen, über die ganze Woche verstreuten Voll-sitzungen des Reichstags konnten daher kein großes Interesse erregen. Eine kurze Sitzung wurde angestellt mit einer stattlichen Anzahl von kleinen Anfragen und kurzen Antworten der Regierungsvertreter. Die Anfrage des Genossen Kühle:

„Ich dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Frau Dr. Rosa Luxemburg am 10. Juli 1916, nachdem sie erst eine Gefängnisstrafe von einem Jahre verbüßt hatte, in Sicherheitshaft genommen worden und bis auf den heutigen Tag der Freiheit beraubt ist, ohne daß etwas gegen sie vorliegt, was nach dem Schutzhaftgesetz die Verhängung der Haft rechtfertigen könnte? Ist dem Herrn Reichskanzler weiter bekannt, daß gegen Frau Rosa Luxemburg nicht einmal ein Strafverfahren auch nur eingeleitet worden ist, das die Rechtfertigung der Sicherheitshaft bilden könnte? Weiß der Herr Reichskanzler, daß Frau Dr. Rosa Luxemburg inzwischen als Delegierte für die Stockholmer Konferenz gewählt worden ist und daß das Holländisch-Scandinavisches Komitee die deutsche Regierung um Freilassung der Frau Luxemburg für die Stockholmer Konferenzen ersucht hat? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die gegen Frau Dr. Rosa Luxemburg verhängte, dem Schutzhaftgesetz widersprechende Sicherheits-haft zur Aufhebung zu bringen, und wie gedenkt er das Ersuchen des Holländisch-Scandinavisches Komitees zu beantworten, um nicht im In- und Ausland den Eindruck aufkommen zu lassen, daß in Frau Dr. Luxemburg eine politische Gegnerin der Regierung verhindert werden soll, in Stockholm für den Frieden zu wirken?“

Ist von der Regierung bis jetzt noch nicht beantwortet worden.

Eine Sitzung des Reichstages beschäftigte sich mit dem bedeutungsvollen Gesetzentwurf, nach dem die deutschen Reedereien der Schiffahrtsgesellschaften mit einer sehr hohen Entschädigungssumme bedacht werden sollen, um sie für die Schiffverluste schadlos zu halten, die sie während des Krieges erlitten haben. Die deutschen Schiffahrtunternehmungen sollen dadurch in die Lage versetzt werden, durch Bauen neuer Schiffe usw. nach Kriegsende sofort den Verkehr mit dem Auslande wieder aufzunehmen, um vor allem die Rohstoffversorgung zu sichern. Der Gesetzentwurf sieht zunächst die Summe von nur 800 Millionen Mark vor, läßt aber soweit Spielraum, daß eine Milliarde leicht überschritten werden kann. In den Ausschußberatungen wurde vom Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie mit Recht betont, daß die Bevorzugung einer einzelnen Kapitalistengruppe nicht zu rechtfertigen sei; die verschiedenen Schichten der werktätigen Bevölkerung, die auch unter den Kriegsschäden und Kriegswirkungen schwer zu leiden haben, müßten aus eigener Kraft ohne Reichshilfe ihre wirtschaftliche Existenz neu aufbauen. Der Staat sollte, wie das schon bei den Eisenbahnen der Fall sei, die Schiffahrt in eigene Verwaltung nehmen. Ein Vertreter der Regierungssozialisten legte sich dagegen für das Meederkapital stark ins Zeug. Der Gesetzentwurf sieht einige kleine Konzessionen für die Mannschaften der Handelsmarine vor. Das genügt dem Regierungssozialisten, das Milliarden Geschenk an die Reeder, das doch nur auf Kosten der deutschen Steuerzahler gemacht werden kann, ohne weiteres zuzubeißen. Dies Beispiel zeigt wieder einmal sehr deutlich, daß die meisten Regierungssozialisten, angeblich im Interesse des Proletariats, die Geschäfte des Kapitalismus besorgen und um geringer Einzelvorrechte willen die proletarische Allgemeinheit belasten und lähmen. Wie stark bei dem Meeder-Entschädigungsgesetz kapitalistische Gewinnjucht engagiert ist, geht aus der Tatsache hervor, daß schon viele Wochen, bevor der Entwurf zur Verhandlung kam, an der Börse eine so wilde Spekulation auf Schiffahrtaktien einsetzte, daß selbst die Börsenzeitung dagegen Stellung nehmen mußte. — Das Schicksal des Gesetzes wird erst in den nächsten Tagen vom Reichstag entschieden werden.

Der regierungssozialistische Parteitag ist wegen des am 15. August beginnenden Stockholmer Kongresses auf den Monat September verschoben worden.

Parteigenossen!
Werbt für die Unabhängige
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands!

Stockholm.

Die vollständig einseitige Stellungnahme der deutschen Regierungssozialisten in den Vorbesprechungen in Stockholm und in ihrem Memorandum hat, wie jetzt immer mehr bekannt wird, bei den Vertretern der Internationale einen durchaus ungünstigen Eindruck gemacht. Die gegnerischen Regierungssozialisten sind über die Gedankengänge ihrer deutschen Artgenossen empört und antworten mit ebenso einseitigen Meinungsäußerungen. Die neutralen Sozialisten sehen die „Friedensarbeit“ der Ebert, Scheidemann, David usw. mit sehr kritischen Augen an; nur die dänische, unter dem Einflusse Staunings stehende Partei zollt ihren Berliner Freunden wohlwollende Worte. Daß die Zimmerwalder Gruppen von den Friedenstheorien der deutschen Sozialpatrioten nichts wissen wollen, versteht sich von selbst. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat von dem deutschen regierungssozialistischen Memorandum Kenntnis genommen, die Antworten aber, die er darauf nach Deutschland hat gelangen lassen, enthalten trotz der höflichen Form so viele scharfe Spitzen gegen die deutschen Friedensdeklamatoren, daß diese nur ganz naiven und ungeschulten Arbeitern weismachen können, die Scheidemann befänden sich in voller Übereinstimmung mit den russischen Sozialisten. Auf keinen Fall ist der von unseren Regierungssozialisten eingeschlagene Weg geeignet, zu einer Verständigung innerhalb der Internationale und zu einer tatkräftigen, erfolgversprechenden Vorarbeit für einen baldigen Frieden zu führen. Daß es sich nicht um eine im „Parteihaß“ distillierte Verleumdung handelt, wenn wir die bisherige Arbeit unserer Regierungssozialisten in Stockholm einseitig und unfruchtbar nennen, wird von einer hervorragenden Persönlichkeit aus ihrem eigenen Lager bestätigt. Herr Göhre hat nämlich in der vorigen Woche im

Söberlichen „Tag“ den Nachweis gebracht, daß die Stockholmer Tätigkeit seiner Freunde „eine rückhaltlose Verteidigung Deutschlands und der deutschen Regierung“ darstelle. Herr Göhre hat damit bestätigt, daß die Ebert, Scheidemann David usw. in Stockholm eine freiwillige Zweigstelle des diplomatischen Bureaus für die deutsche Propaganda im Auslande etabliert hatten. Aber genau so wie das Hauptbureau in der Berliner Wilhelmstraße mit seiner Propaganda schlechte Geschäfte gemacht hat, genau so haben die Scheidemann in Stockholm schlecht abgeknippt. Daraus ist auch zu erklären, daß sie nach ihrer Rückkehr so nervös nach einer Demokratisierung Deutschlands schreien und damit selbst zugeben, daß die von ihnen so warm verteidigten Zustände in Deutschland doch sehr der Besserung fähig und bedürftig sind. Denn ihre demokratischen Deklamationen waren in den letzten drei Jahren, in denen sie sich der bürgerlichen „heiligen Einigkeit“ verschrieben hatten, bloße Lusterfütterungen ohne politischen Wert.

Inzwischen ist eine Einigung zwischen dem skandinavisch-holländischen Komitee und den Vertretern des russischen Arbeiter- und Soldatenrats über das Stattfinden der eigentlichen Konferenz zustande gekommen. Folgender Aufruf wurde von Stockholm aus an sämtliche Glieder der Internationale gerichtet:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Einladung zur Stockholmer Internationalen Konferenz am 15. August und folgende Tage.

Der Krieg dauert bereits drei Jahre und noch ist sein Ende nicht absehbar. Zur Vorbereitung der notwendigen Lösung hat der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat die Initiative ergriffen, unter dem Banner der russischen Revolution eine internationale Konferenz der sozialistischen Welt einzuberufen. Dieser Vorschlag, dem übrigens gleichlaufende Absichten zahlreicher sozialistischer Parteien vorausgingen, wurde gutgeheißen durch den allrussischen Kongreß der Arbeiterräte.

Der Zweck der Konferenz ist die Vereinigung aller Kräfte des internationalen Proletariats zur Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, gegründet auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Um ihre Aufgabe zu gutem Ende zu führen, hat sich die russische Abordnung die tatkräftige Mitarbeit des holländischen Komitees gesichert, das seine Pläne auf die russische Initiative gestützt und bereits in gesonderten Konferenzen mit der Mehrzahl der sozialistischen Parteien zahlreiche Fragen präzisiert hat.

Zur Vorbereitung der allgemeinen Konferenz wurde ein Organisationsbureau eingesetzt, bestehend aus Vertretern des russischen und holländisch-skandinavischen Komitees. Dieses Bureau hat, um alle Streitigkeiten zu vermeiden, beschlossen, die Zulassungs- und Abstimmvorschriften der ordentlichen internationalen Kongresse möglichst genau innezuhalten.

Beide Körperschaften laden alle dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien, auch die während des Krieges beigetretenen, sowohl die Mehrheiten wie die Minderheiten und die als selbständige Parteien konstituierten Oppositionen, ebenso die der Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Gewerkschaften ein.

Die Konferenz findet in Stockholm am 15. August und die folgenden Tage statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Der Weltkrieg und die Internationale.
2. Das Friedensprogramm der Internationale.
3. Die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur schnellen Kriegsbeendigung.

Die Organisatoren der allgemeinen Konferenz sind tief überzeugt, daß, um zur Beendigung des Weltkriegs beizutragen, die Internationale alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften wird dahin bringen müssen, jegliche Zusammenarbeit mit den Regierungen abzulehnen, die die Angabe ihrer Kriegsziele verweigern oder offen oder versteckt imperialistische Ziele aufgestellt haben und den Verzicht darauf verweigern.

Überzeugt, daß ihre Organisation auf diesem Standpunkt steht und bereit ist, diese Verpflichtungen zu übernehmen, ohne Zögern und Abchwägung die diesen Grundsätzen entsprechenden Beschlüsse der allgemeinen Konferenz durchzuführen, bitten wir Sie, durch eine Abordnung an der von dem russischen Kongreß und dem holländisch-skandinavischen Komitee einberufenen Internationalen sozialistischen Konferenz teilzunehmen und Ihre Vertreter nach Stockholm zu entsenden.

Wenn sie im Konferenzprogramm nicht vorgelegene Fragen unterbreiten wollen, müssen diese Vorschläge beim Organisationsbureau der Internationalen Konferenz: Stockholm, Uplandsgatan 14, bis zum 5. August eintreffen.

Mit sozialistischen und brüderlichen Grüßen!

Für die Abordnung des russischen Kongresses der Soldaten- und Arbeitervertreter:

Ehrlich, Goldenberg, Rosanoff, Kujianoff, Smirnow.

Für das holländisch-skandinavische Komitee:

Troelstra, van Kol, Albarada (Erfaymann: Bliegen), Sibant (Erfaymann: Pranting).

Söderberg, Möller, Borghjerg.

Hammer (Erfay: Bang).

Für das Sekretariat: Hunsmans, Engberg.

Ein Teil der Abgeordneten des russischen Arbeiter- und Soldatenrats reisen inzwischen nach London und Paris, um an Ort und Stelle die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich einer Teilnahme der englischen und französischen Sozialisten an der Stockholmer Konferenz entgegenstellen. An der von den englischen und französischen Regierungssozialisten angeregten Konferenz von Sozialisten der Entente-Länder wollen die Russen nur zu rein informativischen Zwecken teilnehmen. Sie halten eine solche Konferenz für überflüssig.

Die Zimmerwalder Internationale Sozialistische Kommission hat sich nach Meldungen aus Stockholm an den Vorbereitungen der Russen für den allgemeinen Kongreß rege beteiligt, obwohl die Mehrzahl der russischen Sozialistischen Gruppen der Zimmerwalder Richtung zuneigt. Die vier in Stockholm weilenden Mitglieder der Zimmerwalder Kommission haben aber eine Mitarbeit an den Vorbereitungen zur Konferenz abgelehnt. Ob die Zimmerwalder an der großen, allgemeinen Konferenz teilnehmen, wird auf einer Konferenz der Zimmerwalder Gruppen entschieden werden, die einige Tage vor dem 15. August stattfinden wird.

Die Anschauungen, mit denen die Mehrheit des russischen Arbeiter- und Soldatenrates an die große Konferenz herantreten, leuchten aus der Antwort hervor, die dessen Vollzugsausschuß an Vandervelde, Thomas und de Broodere gerichtet hat. Vandervelde usw. hatten, wie wir mitgeteilt haben, ein Memorandum verfaßt, das ein einseitiges Gegenstück zum Memorandum der deutschen Regierungssozialisten war. Es wurde Vandervelde übrigens von belgischen, besonders von flämischen Sozialisten das Recht bestritten, im Namen der gesamten belgischen Sozialdemokratie zu reden. Der Ausschuß des russischen A- und S.-R. hat nun eine längere Erwiderung an die Adresse der belgischen und französischen Regierungssozialisten gerichtet, in der es u. a. heißt:

„... Die russische Revolution, die nicht nur eine Erhebung gegen die Tyrannei des Parentums war, sondern auch gegen die Greuel des Weltkrieges, dessen Schuld auf den internationalen Imperialismus fällt, stellte mit einer noch nicht dagewesenen Schärfe vor das Bewußtsein aller Völker die Frage der Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses. Sie zeigte den Völkern auch den Weg zur Verwirklichung dieses Traumes der Volksmassen, die leiden und verbluten: Vereinigung aller Arbeiter der ganzen Welt für den Kampf gegen die Versuche des Imperialismus, mit allen Mitteln den Krieg im Interesse der wohlhabenden Klassen zu verlängern; sie rief die Arbeiter der ganzen Welt auf zum Kampf für den Frieden.“

Die Formel „Allgemeiner Friede ohne Annexionen oder Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“, drückt dieses Streben nach einem dauernden Frieden aus, dessen Bedingungen ausschließlich im Interesse der arbeitenden Klassen formuliert werden. Wenn die Arbeiter aller Länder sich nur von ihren Interessen leiten lassen und alle Prätexten der offenen und versteckten Imperialisten und Militaristen abweisen, die so oft ihr wahres Gesicht unter schönen Masken verbergen, dann müssen sie zu einem dauernden und schnellen Einvernehmen kommen....“

In bezug auf die von Vandervelde angeschnittene Frage einer Entschädigung für das verheerte Belgien sagt die russische Antwort:

„... Den Vertretern der Arbeitermassen, die sich befreien werden von dem von den Imperialisten geschnittenen gegenseitigen Mißtrauen und Verdacht, die die die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennen und sich zum Kampf für den Frieden vereinen werden, wird es nicht schwer sein, sich über Art und Größe der Schadenersätze für die Bevölkerung der Länder, die am meisten vom Kriege verwühet und ruiniert wurden,

wie z. B. Belgien, Polen, Galizien, Serbien usw. zu einigen....."

„Von der Konferenz der Sozialisten aller Kriegsführenden und neutralen Länder erwartet der Rat ein internationales Einvernehmen, das den Arbeitern aller Länder gestattet wird, gleichzeitig und mit gleichartigen Methoden den Kampf für den allgemeinen Frieden auf der allgemeinen Grundlage zu führen, sodas ihnen gestattet wird, die Bande zu zerreißen, die sie zwangsweise mit den Regierungen und Klassen verbinden, welche von imperialistischen Bestrebungen erfüllt sind und die Herbeiführung des Friedens verhindern.“

Die Angelegenheit Grimm

hat eine Untersuchungskommission in Stockholm beschäftigt, welche uns folgende Erklärung zugehen läßt: „Die von der Internationalen sozialistischen Kommission eingeleitete Untersuchungskommission in der Angelegenheit des Genossen Grimm hat den Telegrammwechsel Grimm-Hoffmann, die gegen Grimm gerichteten Anschuldigungen geprüft, Genossen Grimm und Zeugen verhört.“

Sie unterbreitet der dritten Zimmerwalder Konferenz folgende Feststellungen und Schlussfolgerungen über diese Angelegenheit.

I.

Genosse Grimm hat in Petrograd am 27. Mai ein Telegramm an den Schweizer Bundesrat Hoffmann durch den Schweizer Gesandten Odier abgesandt.

Er hat diesen Schritt getan, ohne vorher weder mit dem in Petrograd anwesenden Mitglied der Internationalen sozialistischen Kommission, Genossin Angelika Bahabanoff, noch mit den Vertretern der russischen Zimmerwalder Parteien darüber zu beraten.

Er hat auch später, als die Sache an die Öffentlichkeit gelangte, den russischen Genossen in Petrograd nicht mitgeteilt, daß er das Telegramm an Hoffmann gesandt hat.

II.

Nach seiner Aussage hat Grimm nur die Einholung von Informationen über die Kriegsziele aller Regierungen im Auge gehabt.

Nun hat sich aber Genosse Grimm nicht damit begnügt, an Bundesrat Hoffmann die nackte Frage nach den Kriegszielen der Regierungen zu richten, vielmehr hat er in seinem Telegramm sich über die Gefahren der deutschen Offensive für die Friedensverhandlungen, über die Notwendigkeit der Ausstellung von Pässen an die Delegierten zur internationalen Konferenz des Arbeiterdelegiertenrates ausgelassen. Diese verschiedenen Hinweise legen die Annahme nahe, daß Grimm durch sein Telegramm auch einen Anstoß zu Friedensverhandlungen geben wollte.

Es handelt sich dabei keineswegs um den Separatfrieden zwischen Deutschland und Rußland, sondern umgekehrt, um allgemeine Friedensverhandlungen zwischen allen Regierungen.

Die Kommission betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, zu untersuchen, welche Ziele Bundesrat Hoffmann bei seiner Antwort verfolgte. Aber sie erklärt, daß seine Gründe zu der Annahme bestehen, Grimm habe im vorherigen Einvernehmen mit Hoffmann gehandelt, was Grimm auch bestritt. Bei den persönlichen Beziehungen, die in der Schweiz selbst zwischen den oppositionellsten Parlamentariern und den Bundesbehörden bestehen, war es Grimm möglich, sich an Hoffmann auch ohne vorhergehende Besprechungen zu wenden.

Daß Grimm im Interesse des deutschen Imperialismus, als sein Agent gehandelt habe, dafür spricht keine einzige der Kommission bekannte Tatsache. Wohl aber spricht dagegen nicht nur der schärfste dreijährige Kampf Grimms gegen den deutschen Imperialismus, die Unterstützung, die er der deutschen Opposition stets gewährte, wofür er als Agent der Entente drei Jahre lang in der deutschen Presse bekämpft wurde, sondern auch der oben geschilderte Inhalt der Deutsche Grimms. Als wichtigstes Motiv der Handlungsweise Grimms nimmt die Untersuchungskommission seine Sorge um die Geschichte der russischen Revolution an, die Grimm als durch die Weiterdauer des Krieges bedroht ansah und durch Friedensverhandlungen retten wollte.

III.

Daß Grimm seinen Schritt ohne Wissen des anderen in Petrograd anwesenden Mitgliedes der Internationalen sozialistischen Kommission und der Vertreter der russischen Zimmerwalder Parteien unternommen hat, die ihn von der Absendung des Telegramms ganz gewiß abgehalten hätten, hält die Untersuchungskommission für eine Eigenmächtigkeit Grimms, für die die Zimmerwalder Vereinigung jede Verantwortung ablehnen muß, nicht nur deshalb, weil dieser Schritt den Feinden Zimmerwalds Gelegenheit gab, diese gegen alle imperialistischen Regierungen gerichtete Bewegung als Werkzeug einer Regierung darzustellen, sondern auch deswegen, weil sie den Schritt als grundsätzlich unzulässig betrachtet.

Die Untersuchungskommission erklärt, daß das Betreten der geheimen diplomatischen Wege zwecks Herbeiführung des Friedens, wie es Grimm getan hat, dem Wesen der Zimmerwalder Bewegung widerspricht.

Stockholm, den 5. Juli 1917.

Höglund - Schweden, Kurfow - Bulgarien, Pang - Schweiz, Lindhagen - Schweden, Clausen - Norwegen, Orlovsk - Rußland, Nadek - Polen.

Nach einer Stockholmer Meldung des „Vorwärts“ schreibt in einer Polemik gegen die Erklärung des Zimmerwald-Ausschusses die „Isveitia“, das offizielle Organ des Arbeiter- und Soldatenrates: Der Hauptgrund der Ausweisung Grimms war sein diffidierter Briefwechsel, der ihn als Werkzeug der Schweizer und der deutschen Regierung erwieisen und den er selbst in tiefsten Freuden verborgen hat.

Kapitalistischer Massenkauf eines „sozialdemokr.“ Buches.

Es ist aufgefallen, welche hohen Auflagen der Frankische Verlag in Stuttgart für den Vertrieß der imperialistischen Schreibererei des badischen Sozialdemokraten Anton Fendrich anzugeben hatte. Wer da glaubt, daß das deutsche Volk und seine Arbeiterschaft aus eigener Tasche die Groschen aufbrachte, um sich solche leichte Marktware anzuschaffen, wird durch die Reklame für den Abiaz der Fendrichschen Schriften eines besseren belehrt. Hier der Inhalt eines Geschäftsbriefes vom März d. J.:

„Gw. Hochwohlgeboren!“

Es interessiert Sie gewiß, wenn wir Ihnen von den vielen Massenbestellern der Flugschriften Fendrichs: „Ein Wort an die unten und die oben“ einige nennen: Sächsischer Textilindustrie Verband 5000, Deutscher Braunkohlenindustrie-Verein 5000, Mannesmannröhrenwerke Düsseldorf 5000, A. G. für Anilin-fabrikation 400, Robert Rosh 4000, Weisfäliche Stahlwerke 2400, Schubert u. Salzer, Alfred Nobel u. Co., Kautschadwerke, Daimlermotoren-Gesellschaft, Hedernheimer Kupferwerke, Maschinenfabrik Grigner, Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie, R. Stod u. Co., Wegmann u. Co., Fahrzeugfabrik Eisenach, Hannoverische Maschinenbau-A.G., J. D. Nidel je 1000. Ein Frankfurter Anonymus bezog sogar 30000, eine Hamburger Firma 10000; ferner Behörden, Vereinigungen usw. bis zu 10000 Stück, so die Kgl. Landräte von Wörs, Teltow, Kreisaustrich Redlinghausen, Gemeinde- und Staatsverwaltungen von Barmen, Bettin, Godesberg, Theelen, Oberpleis, Hörde, Durlach u. v. a. Bei großen Bezügen kommen wir Ihnen bis zur Grenze des Möglichen entgegen.

Mit vorzähl. Hochachtung

Frankische Verlagshandlung

In einem besonderen Zirkular, das an die „Sehr verehrliche Direktion“ gerichtet ist, wird die außerordentlich hohe Bewertung und Massenverbreitung der Schrift damit begründet, daß „noch nirgends Gesinnung, Bewegung und Kampfmittel uneres Hauptfeindes so klar nachgewiesen, so folgerichtig Zweck und Ziel uneres Ringens abgeleitet und zur Stärkung im Entschluß zum Ausbarren und im Willen zum Sieg so padend erläutert worden sind, wie hier....“

Deshalb ist auch nicht mehr wie recht und billig, daß die Kriegskleberanten von ihren Gewinnen ein Teilchen in Kriegsreklame anlegen. Daß ihnen dazu laßt das Buch eines - „Sozialdemokraten“ als das zweckdienlichste Objekt erscheint. - darauf wird Herr Anton Fendrich und sein regierungssozialistischer Anhang gewiß nicht wenig stolz sein.

Vereins-Veranstaltungen.

Pankow - Niederschönhausen. Am Sonntag, den 22. Juli: Gemeinschaftlicher Familien-Ausflug nach Dersdorf. Treffpunkt pünktlich mittags 1 Uhr Bahnhof Schönholz. Für Nachzügler im Restaurant zur Waldschänke. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Bezirksleitung.**

5. Wahlkreis. Der Leseabend im Juli fällt aus. Dafür findet am Dienstag, den 24. d. M., Kaffeeochsen beim „Alten Freund“ in Bichelswerder statt. Treffpunkt pünktlich 1/2 Uhr am Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin VI. Jugendsektion. Sonntag, den 29. Juli Wanderung. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 5³⁰ bis Biesental, am Simon-Flies entlang zum Samith See, zurück nach Melchow. Weglänge 18 km Fahrgehd 1,60 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Sektionsleitung.**

Schöneberg. Montag, den 23. Juli, findet bei Haendel, Vorbergstr. 11, ein gemeinsamer Leseabend statt. Sonntag, den 22. Juli, Familienausflug. Treffpunkt Bahnhof Ebersstraße, 2 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Die Arbeiter-Samariterkolonne

macht auf ihre Ausbildungskurse aufmerksam und auch darauf, daß sie in der Lage ist, bei allen Veranstaltungen Samariterwachen stellen zu können. Bei Bedarf wolle man sich an Gustav Dietrich, Vorsitzender, Berlin NW 23, Klopffodstraße 25, wenden.

Aus den Organisationen.

Tempelhof. Dienstag, den 24. Juli, Generalversammlung bei Reimers, Ordensmeisterstr. 57. - Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des gesamten Vorstand. 4. Parteiangelegenheiten.

Neukölln.

Montag, den 23. Juli, abends 8^{1/2} Uhr.

Frauen-Leseabend.

Die Bezirke 1-12 tagen im **Dials-Kasino**, Weichselstraße 8, und die Bezirke 13-24 im **Jugendheim**, Rogatstr. 15. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Unserem Abteilungsführer dem Genossen

August Seeger

gratulieren wir zu seinem 60. Geburtstag.

Die Funktionäre der 16. Abteilung.

Zur Beachtung!

**Verbandsbüro,
Redaktion des Mitteilungsblattes,
Bezirks-Bildungsausschuss,
Arbeiter-Bildungsschule,
Kinderschuttkommission,
Jugendsekretariat von Groß-Berlin,
befinden sich jetzt
Berlin O²⁷, Schicklerstraße 5, Hof 2 Treppen.
Telephonanruf: Alexander, 3007.**

Alle für den Verband und für das Mitteilungsblatt bestimmten Geldsendungen sind an die persönliche Adresse des Kassierers **Rich. Herbst, Berlin O²⁷, Schicklerstr. 5, Hof 2 Treppen** zu adressieren.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 21. Juni fiel im Alter von 37 Jahren der Buchdrucker

Richard Klauke

Pofenerstr. 15, Bez. 319 II.

6. Wahlkreis.

Am 2. Juni 1917 fiel der 39 Jahre alte Arbeiter

Karl Ranglath

Pankstr. 38, Abt. 17, Bez. 808.

Wahlverein Neukölln.

Gefallen ist am 25. April durch Herzschuß der Bezirksführer des 22. Bezirks, Genosse

Franz Kurzmann.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Anfang Juli verstarb im Alter von 34 Jahren der Tischler

Rudolf Domden

Glogauerstr. 17, Bez. 207 II.

Wahlverein Potsdam.

Am Donnerstag, den 13. Juli, verstarb unser langjähriges Mitglied der Genosse, Zimmerer

August Seefeld.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.

Bezirk Stralau.

Am 9. Juli verschied nach langer Krankheit unser Genosse und Bezirksrevisor, der Maurer

Friedrich Gock

Marktgrafendamm 5, im 51. Lebensjahre.

Wahlverein Treptow-Saunshuldenweg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Parteigenosse

August Zint

Pfefferstr. 6, Bezirk 9

verstorben ist.

Wahlverein Neukölln.

Am 8. Juli verstarb unser Genosse, der Schlosser

Heinrich Nordmann

Weserstr. 162, 8. Bezirk.

Wahlverein Sohnsdorf.

Am 16. Juli verstarb nach kurzem Leiden unsere Genossin

Ernestine Schulz.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Ehre ihrem Andenken!

Todesanzeige.

Anfang Mai verstarb nach wenigen Tagen seiner Einklieferung in einem Feldlazarett unser Kollege, der Mechaniker

Walter Meier

im 22. Lebensjahre.

Die Kollegen der Firma Lorenz, Südstr. 26
Abteilung Bandke.

Der „geistige“ Kampf der Regierungssozialisten gegen die Unabhängige Partei.

Am 30. Mai d. J. sind die Geschäftsführer der sozialdemokratischen Parteipresse in Berlin zu einer Konferenz zusammen gewesen, um ihre Zustimmung zur Gründung einer „Anzeigen-Zentrale der sozialdemokratischen Presse, G. m. b. H.“ zu geben und über die Papierpreiserhöhungen zu verhandeln. Zum Schluß der von dem Parteivorstandsmitglied Braun geleiteten Konferenz wurde dann noch die Frage erörtert, ob die sozialdemokratische Presse Inserate der Unabhängigen Partei aufnehmen soll. Die Verhandlungen über dieses interessante Thema verdienen weiteren Kreisen bekannt zu werden. Wir lassen sie nachstehend folgen:

Braun: Wir sind angefragt, wie sich die Verleger verhalten sollen gegenüber Inseraten der Zeitung der neuen Unabhängigen Partei. Wir haben die einzelnen Fragen dahin beantwortet, daß wir die Ablehnung der Aufnahme solcher Inserate empfehlen. Nun haben sich allerdings Parteiblätter auf den Standpunkt gestellt, daß wir doch auch Inserate von bürgerlichen Parteien aufnehmen und daß wir die Unabhängigen ebenso betrachten könnten, wie die gegnerischen bürgerlichen Parteien. Das geht eben nicht an, die bürgerlichen Inserate sind für jeden Leser klar erkennbar als Kundgebung einer gegnerischen Partei, während die Inserate der Unabhängigen teilweise direkt auf die Zerschlagung unserer Partei zugeschnitten sind. Wir haben deshalb diesen Inseraten gegenüber den gleichen Standpunkt eingenommen, wie früher gegenüber der anarcho-syndikalistischen Sonderorganisation, für die der „Vorwärts“ und die übrigen Parteiblätter gesperrt wurden. Auch die Parteitage haben diesen Beschluß gutgeheißen und sich auf den Standpunkt gestellt, die Sonderorganisationen sind Schädlinge für unsere Bewegung, die Kundgebungen verfolgen lediglich den Zweck, die Leser irrezuführen, sie schaden unserer Organisation, und dazu dürfen wir unsere Blätter nicht zur Verfügung stellen, denn schließlich sind doch auch für den Inseratenteil unserer Presse nicht allein geschäftliche Gesichtspunkte entscheidend, sondern der Gesichtspunkt, der für unsere ganze Presse gilt: die Parteipresse soll werbend und fördernd für die Partei sein. Solche Inserate verfolgen aber den entgegengesetzten Zweck.

Witti-München: Ich bedauere, diesem Vorschlag nicht folgen zu können. Es ist doch eine etwas eigenartige Sache, die Inserate der Unabhängigen zurückzuweisen und Inserate von bürgerlichen aufzunehmen. Voraussetzung muß natürlich sein, daß der Text so abgefaßt ist, daß jeder Weisheit weiß, woher die Inserate kommen. Wir haben früher Inserate der Anarcho-Sozialisten aufgenommen, wenn die prekäriellen Voraussetzungen erfüllt waren und wenn klar daraus hervorging, um welche Organisation es sich handelte. Bei aller Schärfe des Kampfes dürfen wir nicht kleinlich sein. (Sehr wahr.) In München haben wir zum Beispiel eine unabhängige Organisation von 23 bis 24 Mann. Wenn die ihr Geld los werden wollen bei der „Münchener Post“, dann können sie es meinetwegen. Nehmen wir das Inserat ab, dann inserieren sie im

„Generalanzeiger“, der fast die dreifache Auflage hat, dessen Verbreitungsgebiet viel größer ist und dessen Leser weniger urteilsfähig sind als die der „Münchener Post“, und dadurch entsteht die Gefahr, daß wir den Unabhängigen die Karten erst recht in die Hände jagen. Erinnern sie sich doch an die Zeit des Ausnahmegesetzes! Erinnern sie sich an die Zeit, wo man uns keinen Saal gegeben hat! Nun, da haben wir eben dort unsere Versammlungen abgehalten, wo wir es konnten, und wie wir es für zweckmäßig hielten, wir haben uns über die Obrigkeit lustig gemacht und sind dabei groß geworden. Wir sollten den Unabhängigen kein Agitationsmaterial geben.

Griskat-Göppingen: Auch ich kann mich nicht auf den Standpunkt von Braun stellen. Ich hätte die Inserate der Unabhängigen ohne weiteres aufnehmen können; wenn ich sie trotzdem abgelehnt habe, so weil aus dem Text nicht hervorging, daß die Leute nicht die sozialdemokratische Partei bilden. Als auf unsere Aufforderung die Leute die Vorbereitungen erfüllten, nahmen wir ein Inserat auf mit dem Titel „Unabhängige Partei oppositioneller Richtung“. Ein großer Teil der Unabhängigen hält immer noch unser Blatt und bei dem knappen Abonnentenstand sind wir auf diese Leute angewiesen, schon aus agitatorischen Gründen. Deshalb sollte man nicht so schroff vorgehen, sondern den Mittelweg einschlagen, den Witti empfohlen hat.

Berg-Erfurt: Ich kann dem Rat von Braun für Erfurt nicht folgen, denn die Erfurter neigen zur unabhängigen Partei, während ich der alten Partei treu bleibe. Ich müßte also konsequent sein und die Inserate unserer eigenen Partei ablehnen. Wir sollten nach jeder Richtung hin Toleranz üben.

Heinisch-Brandenburg: Inserate der Unabhängigen unter der Firma „Sozialdemokratische Partei“ müssen wir ablehnen, aber wenn die Leute sich unter ihrer eigenen Firma zusammensuchen, können wir die Inserate nicht zurückweisen. Ich wüßte nicht, wie wir das motivieren sollten.

Schaal-Solingen: In Solingen steht die Parteileitung, die Pressekommision und die politische Organisation auf Seiten der Unabhängigen, die Lokalredaktion und die Geschäftsleitung auf dem Standpunkt der Mehrheit. Man kann doch nicht verlangen, daß wir uns selbst das Blatt sperren. Man sollte es den einzelnen Geschäften überlassen, die Sache nach den örtlichen Verhältnissen zu regeln. (Sehr richtig!) In vielen Fällen wird die Trennung ja auch nur vorübergehend sein, in absehbarer Zeit werden sich die Richtungen wieder zusammensuchen.

Geißler-Hof: Wir müssen jede unnötige Schärfe vermeiden. Wenn wir jetzt den Unabhängigen unsere Zeitung sperren, und sie infolgedessen das Blatt nicht lesen, so schädigen wir die Partei. Man muß da sehr tolerant sein, denn über kurz oder lang werden die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiter doch wieder zusammenführen. Wir haben alles versucht, eine Zersplitterung zu verhindern, aber leider ohne Erfolg.

Wels-Berlin: Von Wittis Standpunkt aus kann ich keine Haltung verstehen. Aber in manchen Bezirken kann man die Frage „aus welchem Gesichtspunkt aus betrachten.“ Es ist in manchen Bezirken, die hart um-

stritten sind, Bezirke, die sich ziemlich rein gehalten haben, wo aber fortwährend die Bohrerische der Unabhängigen einfließen. Wenn wir nun die Inserate für so neutral erklären, wie Witti es tut, dann geben wir den Inseratenteil preis zum Verbeizweck für die Unabhängigen. Ich spreche aus Erfahrung als Agitator. Die Zeitungen sind doch meist über einen oder mehrere Wahlkreise verbreitet, in dem einen stehen die Genossen auf dem Standpunkt der Parteilichkeit, in dem andern sind die Dinge im Werden. Jetzt erscheint plötzlich von irgendeinem Ort ein Inserat, worin ein Grüppchen von Leuten zur Gründung einer Ortsgruppe für die Unabhängigen auffordert. Das ist zweifellos keine Zerschlagung, aber die Wirkung des Inserates würde sich nicht auf den betreffenden Ort beschränken, sondern auf Hunderte von Orten im Verbreitungsbezirk übergehen und eine Anzahl derer, die in dem Gefühl der Unzufriedenheit und der politischen Unklarheit einen Ausweg aus ihrer persönlichen politischen Bedrängnis suchen, werden dadurch angeregt, in ähnlicher Weise vorzugehen. Aus solchen embryonalen Anfängen, die in den Inseraten zu erblicken sind, entwickeln sich dann die Organisationen der Unabhängigen. Unsere Organisationen in den kleinen Städten sind durchweg geschwächt, die energiegelichsten Leute sind eingezogen, was an energiegelichsten Leuten noch vorhanden ist, befindet sich im Bannkreis der Unabhängigen. Die alten Genossen stehen fast durchweg auf dem Boden der Gesamtpartei, sie kennen die fürchterlichen Bruderkämpfe von früher und halten trenn zu uns, aber sie sind ohnmächtig gegenüber den jüngeren und treibenden Elementen. Wenn wir aber den Inseratenteil den Unabhängigen zur Verfügung stellen, dann handeln wir gegen die Interessen der Partei. Ich gebe zu, daß die Frage in verchiedenen Bezirken sehr schwer zu behandeln ist, z. B. in Erfurt, wo die Dinge wahrscheinlich ebenso laufen werden wie in Halle, aber ich glaube doch, daß die Genossen, die heute den Standpunkt von Braun ablehnen, über kurz oder lang ihm recht geben werden, weil die Toleranz nicht ausgelegt wird als Toleranz, sondern als Ausdruck von Schwäche gegenüber den Unabhängigen.

Es läuft ein Antrag von Berg-Hannover ein: Die Entscheidung der zur Besprechung stehenden Frage bezüglich der Aufnahme von Inseraten der Unabhängigen ist zu vertagen, bis der Parteitag Stellung zur Sonderbewegung genommen hat.

Braun: Es handelt sich nicht um einen Beschluß. Die Konferenz ist gar nicht befugt, einen Beschluß zu fassen, der für alle Zeitungsunternehmungen bindend ist. Die Frage ist bei uns angeregt und da habe ich den Standpunkt des Parteivorstandes mitgeteilt. Wie die Parteigenossen in den einzelnen Bezirken entscheiden, das wird sich zum Teil auch nach den örtlichen Verhältnissen richten. Dort wo die Blätter redaktionell schon längt auf dem Standpunkt der Unabhängigen stehen und wo es nur eine Frage der Zeit ist, wenn sie überhandnehmen, ist es natürlich ausgeschlossen, daß die Aufsichtsinstanzen der Sperrung des Inseratenteils für die Unabhängigen zustimmen. In manchen Bezirken handelt es sich

Glossen.

Der französische Justizminister Viviani hat einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der „Mißbräuche der Friedenspropaganda“ eingebracht. Wann wird sich in irgendeinem Lande der Justizminister finden, der ein Gesetz zur Bekämpfung der Kriegshysterie vorlegt?

Die Antwort, die der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Seidler am 27. Juni auf die Kriegszielinterpellationen im Reichsrat erteilt hat, verdient im Wortlaut genossen zu werden:

Nach Rücksprache mit dem Minister des Äußern beehre ich mich, dem Hause folgendes zu erklären: Die Annahme der Anfrage des Abg. Dajunski, als ob die I. u. L. Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens anerkannt hätte, ist eine irrthümliche. Die I. u. L. Regierung steht auf der Grundlage des Art. 5 des Staatsgrundgesetzes vom 21. 12. 1867, nach dessen Bestimmung es Seiner Majestät vorbehalten ist, Frieden zu schließen und somit Allerhöchst demselben die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse in jenem entscheidenden Augenblick anvertraut erscheint. Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung der Oberhoheit der Krone ist die I. u. L. Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit ihren Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit den Feinden in Verhandlungen zu treten, lehnt jedoch jede andere Grundlage für Friedensunterhandlungen entschieden ab.

Wenn der Dr. v. Seidler das nicht gesprochen, sondern niedergeschrieben hätte, so zweifeln wir nicht daran, daß es sich die Entente etwas hätte kosten lassen, das Dokument in ihre Hände zu bekommen.

Der „Vorwärts“ sucht die neuerdings von ihm mit so viel Eifer befürwortete Demokratisierung Deutschlands den bürgerlichen Parteien schwachhaft zu machen, indem er die Demokratie als Vorbedingung des Sieges hinstellt. Sie soll für die letzten Phasen des Weltkrieges die deutsche Verteidigungskraft stärken, denn wir haben die Pflicht zu siegen im Sinne eines Erhaltungs- und Verteidigungssieges.

Damit wird man den Anhängern der bestehenden Zustände wenig imponieren. Sie berufen sich darauf, daß es das nicht demokratische Deutschland gewesen

ist, das dem zahlenmäßig überlegenen Feind bisher erfolgreich Widerstand geleistet hat, und der Beweis ist leider noch zu erbringen, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen oder gar die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise das deutsche Volk mehr zum Siegen befähigt als die militärische Disziplin und der Belagerungszustand. Im Saenen braucht der militärische Absolutismus die Konkurrenz der Demokratie nicht zu fürchten. Wohl aber im Friedensschließen und Friederhalten, und darauf kommt es an.

In einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Demokratisierungswünschen desinert die „Kreuzzeitung“ die konservative Staatsauffassung so:

„Es ist Eigenart der konservativen Staatsauffassung, die Dinge sozusagen von oben, vom Standpunkte der Regierenden zu sehen, die der Liberalen von unten, vom Standpunkte der Regierten.“

Man wird gut tun, sich dieses offene Bekenntnis zu merken. Zwar sucht die „Kreuzzeitung“ seine Bedeutung abzuschwächen, indem sie versichert, der erwähnte Gegensatz laufe hinaus „auf den zwischen den augenblicklichen Interessen der durch eine politische Maßnahme gerade Betroffenen und den dauernden Interessen des Staates“. Aber das Kunststück, die Interessen der Regierenden als die der Nation auszugeben, ist zu abgebraucht, als daß es noch versungen könnte.

Der holländische Dichter J. van Eden steht mit seinen Sympathien auf der Seite der Entente. Wir können das bedauern und es Herrn van Eden sogar übelnehmen. Aber nichts ist abgeschmackter, als wenn ihm nun der Theaterkritiker des V. Z., Herr Fritz Engel, vorhält, er habe früher für sich in Deutschland Anhang gesucht und seine Schauspiele in Deutschland aufführen lassen. Herr van Eden, so sagt Engel, vergesse seine eigene Vergangenheit, denn er habe früher in Vorträgen und Schriften dem Genius Schillers und Goethes gehuldigt und die Einwirkung deutscher Geistesströmungen auf die Bildung seines Charakters hervorgehoben.

Dat denn der holländische Dichter damit das Recht verweigert, die deutsche Politik zu verurteilen? Es wäre doch wohl denkbar, daß Herr Engel dem Genius Shakespeares und Byron's gehuldigt hätte und dennoch jetzt ein überzeugter Gegner Englands wäre. Oder daß einer — nicht Fritz Engel — einmal dem Geiste der französischen Literatur seine Dankeschuld

entrichtet hätte und nun doch gegen die Politik Poincares den bestigsten Widerspruch erhebe.

Herr Ehrhardt A.-G. Spezialwerkzeugmaschinenfabrik Düsseldorf und Zella-St. Blasli i. Th. veröffentlicht im Kladderadatsch ein ganzseitiges illustriertes Inserat zur Empfehlung ihrer Hochleistungs-Schlittensäge Modell T. B. Die Illustration zeigt die Maschine bei der Arbeit. Eine Walze wird zerlegt. Die Walze aber stellt den früheren amerikanischen Präsidenten Roosevelt in der bekannten zahnfleischenden Karrikatur dar. Der Kopf ist zwischen Mund und Nase zur Hälfte durchgesägt. Die Spähne fliegen.

Ein erläuternder Text besagt: „Durch diese barbarische Ehrhardt'sche Schlittensäge wird jedes amerikanische Großmaul glatt abgesägt. Da die Maschine mit jeder Schnittgeschwindigkeit arbeitet, kann diese je nach der Qualität des Individuums für eine längere oder kürzere Einwirkung eingestellt werden. Besondere Spezialität: Hydraulische Pressen zum Auspressen der Kadaver-Lügen.“

Das alles soll sicher fürchtbar wichtig sein. Leute von einigem Geschmack werden es aber nicht nur geistlos, sondern auch gemein finden und sich überdies sagen, daß die Firma Ehrhardt auf eine solche Neklame sicher nicht verfallen wäre, wenn sie nicht gerade die amerikanische Konkurrenz für ihre Schlittensäge besonders fürchtete.

Der „Zigarro“ tischt seinen Lesern angebliche Gespräche russischer Bauern über die Revolution auf. Sie haben den Zweck, den Bauern als ein höchst einfältiges Subjekt hinzustellen, das die Konstitution für die Frau des Großfürsten Konstantin hält und für die Freiheit nur dann Interesse hat, wenn sie ihm Schnaps bringt. Daß das abgehandene Mäglich aus der Defabrikationszeit sind, macht nichts aus. Es kommt ja nur darauf an, die den französischen Durchhaltern höchst unbecommene russische Revolution nach Möglichkeit in Mißkredit zu bringen.

Bedenklich ist, daß deutsche Blätter das blöde Zeug ebenso nachdrucken wie die ebenfalls in der französischen Presse erschienenen sentimentalen Betrachtungen über die Unbequemlichkeiten, die die neue Lage für die Familie Romanow mit sich bringt. Hat man gar kein Gefühl dafür, daß solche Veröffentlichungen die Sonderfriedensangebote an die revolutionäre Demokratie bei dieser in höchst merkwürdigem Lichte müssen erscheinen lassen?

falschlich um einen Kampf um Sein und Nichtsein der Partei, und da fragt es sich, ob man die Einrichtungen der Partei in den Dienst derer stellen darf, deren ganzes Streben darauf hinausläuft, die Partei zu zertrümmern und ihre Geschäfte in den Dienst der neuen Partei zu bringen. Da es sich also nicht um eine Entschädigung handelt, kann ich den Antrag nicht zur Abstimmung bringen.

Fenz-Nürnberg: Auch ich bin nicht sonderlich erbaut von dem Standpunkt des Parteivorstandes, wenn ich auch zugebe, daß die Verhältnisse in Berlin anders liegen als in München und Nürnberg. Ich bin auch einmal in der Lage gewesen, ein Inzerat der Unabhängigen zurückzuweisen, es handelte sich da um eine Aufforderung an die Parteigenossen, soweit sie sich der Bewegung der Unabhängigen anschließen wollten, dort und dort zu erscheinen. Ich sagte dem Auftraggeber: Ihr seid doch nicht Parteigenossen, Ihr könnt doch nicht die Parteigenossen auffordern, bringt das Inzerat in eine vernünftige Form, dann wird es aufgenommen. Wie ich gehört habe, haben die Leute das dann in der „Leipziger Volkszeitung“ breit getreten. Ich gebe gern zu, daß die Verhältnisse in Norddeutschland anders liegen, aber so schroff sollte man nicht vorgehen. Die Bewegung der Jungen ist seinerzeit über uns dahingerauscht, und wir sind doch wieder einig geworden.

Krause-Niel: Auch wir hatten ein Inzerat aufgenommen, durch das die Genossen irreführt wurden. Nachdem der Bezirksvorstand beschloffen hat, daß wir solche Inzerate nicht aufnehmen sollen, unterlassen wir es.

Ullenhorn-Elberfeld: Auch ich habe früher auf dem Standpunkt gestanden, daß wir den Unabhängigen gegenüber die gleiche Toleranz ausüben sollten, wie den Bürgerlichen gegenüber. Aber jetzt ist es anders, jetzt handelt es sich um einen Kampf um Sein oder Nichtsein der Partei, und da hört die Toleranz auf. Vor allem legt die Toleranz Gegenseitigkeit voraus. Wir haben anderthalb Jahre lang Toleranz geübt, wir haben es mit angehen, daß die Zeitungen im Sinne der Minderheit redigiert wurden, obwohl die Parteikonferenzen sich auf den Standpunkt der Mehrheit stellten und obwohl auch die Geschäftsleitungen mit der Ausnahme den Standpunkt der Mehrheit einnahmen. Diese Toleranz hat unserer Partei sehr geschadet, und jetzt zeigt es sich, daß die Unabhängigen uns gegenüber nicht die mindeste Toleranz üben. Für die Herren handelt es sich nicht um Aufklärung der Arbeiter, sondern sie wollen unser Unternehmen kaputt machen, dann ist die Zeit für sie gekommen, neu aufzubauen. Von diesem Gesichtspunkt aus wird mit den schäblichsten Mitteln gegen unser altes Geschäft gearbeitet, unser altes Geschäft wird systematisch ruiniert. Die Unabhängigen haben nicht nur in den Werkstätten versucht, uns Abonnenten abzutreiben, sondern sie gehen zu diesem Zweck von Haus zu Haus, sie arbeiten mit den größten Mühen und Niederträchtigkeiten gegen unsere Parteileitung und unser Geschäft. Vor allem machen sie sich an die Kriegerfrauen heran und sagen ihnen, die alte sozialdemokratische Partei ist für die Weiterführung des Krieges. Durch diese systematische Arbeit, die jetzt noch fortgesetzt wird, haben sie uns Tausende von Abonnenten abgetrieben, aber sie haben sie nicht für ihr Blatt gewonnen, sondern für den „Generalanzeiger“ und die übrigen bürgerlichen Zeitungen. (Hört! hört!) Die Leute gehen noch weiter und suchen uns auch Druckaufträge abzutreiben. In der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ in Barmen, die bei uns jährlich für 10000 Mk. Drucksachen bestellen läßt und deren Vorstand auf unserer Seite steht, hat jetzt der Aufsichtsrat beschlossen, die Drucksachen in der Genossenschaftsdruckerei herstellen zu lassen, nicht um die Genossenschaftsdruckerei zu unterstützen, sondern um uns zu schädigen. Auf Grund meiner bitteren Erfahrungen muß ich sagen, die Toleranz geht zum Teufel. Die Leute handeln nicht aus eigener Initiative, sondern die Direktive geht von Berlin aus. Seien Sie also auf der Hut, lassen Sie sich nicht von Ihrer Toleranz einfließen. Wir haben das getan und wir haben sehr schwer darunter zu leiden gehabt. Die Zeit erfordert es, Farbe zu bekennen und einen Trennungsschnitt zwischen uns und den anderen zu machen.

Braun: Damit können wir den Gegenstand verlassen, Sie haben von Ullenhorn gehört, wie wichtig die Frage ist, und vielleicht wird sich auch der Parteitag noch damit beschäftigen müssen. Toleranz ist von der Partei immer geübt worden bis zum Schaden, so bis zur Vernichtung der Partei. Wir haben durch unsere Toleranz die Unabhängigen zum Teil an verschiedenen Orten erst groß gezogen. Die Toleranz kann nicht geübt werden. Die Partei und Organisationen gegenüber, die ganz ausgeprochen und bewußt darauf hinarbeiten, unsere Organisationen zu zerreißen und zu zertrümmern und unsere Parteigeschäfte zugrunde zu richten. Das ist der ausgeprochene Zweck dieser neuen Organisation, und nach dieser Zweckbestimmung wird systematisch und konsequent an allen Orten gearbeitet. Abtreibung von Drucksachen, von Abonnenten, Mißhandlung von Zeitungsfrauen, das sind die Mittel, derer man sich bedient, und da muß man sich doch überlegen, ob man einer solchen Richtung gegenüber Toleranz üben kann, indem man den Leuten die Mittel der Partei zur Verfügung stellt, damit sie noch mehr Anhänger werben können. Mit den Inzeraten fängt es an, dann führt ein Konkurrenzorgan von außerhalb ein und betreibt die Konkurrenz gegen das Parteiorgan. Ob wir dazu unsere Presse hergeben, das müssen sich die Genossen in allen Bezirken ernstlich überlegen. Dort wo man nur mit ein paar Eingänger zu tun hat, ist das keine Frage, aber dort, wo man halb auf halb steht, muß man sich in der Tat sehr ernsthaft fragen, ob man diese Tätigkeit noch weiter unterstützen kann. Nun aber war es mir sehr interessant, daß die Genossen, die gegen den Standpunkt des

Partei Vorstandes gesprochen haben, der übrigens lediglich unseren früheren Traditionen entspricht, eigentlich nur theoretisch dagegen waren, praktisch haben sie nämlich immer so gehandelt wie wir. Auch Fenz sagt: theoretisch bin ich dagegen, aber wenn sie mir kein gutes Inzerat bringen, nehme ich es nicht an. Ja, darum handelt es sich doch. Die Inzerate, die die aufgeben, sind dazu bestimmt, irrezuführen. Damit kommt Ihr einfach in die Rolle des Zensors. Wenn Ihr aber praktisch auf diesem Standpunkt steht, dann sind wir uns ja einig, dann brauchen wir uns über die Theorie nicht zu unterhalten.

Damit ist die Angelegenheit erledigt. Besonders wohl ist nach diesen Darlegungen den Herren vom Parteivorstand wie der regierungssozialistischen Presse nicht.

Zielbewußte Politik.

„Dem Reichstag ist eine Vorlage, die einen zweiten Fünfmilliardenkredit fordert, zugegangen. Es besteht wohl nirgends ein Zweifel darüber, daß der Reichstag auch diese Vorlage wie die erste vom 4. August annehmen wird. Denn die freie Entscheidung, zu der das Parlament aufgerufen wird, besteht in diesem außerordentlichen Falle doch nur zum Schein. Wenn der unendbare Fall eintreten würde, daß der Reichstag die Forderung der Regierung ablehnt, was würde wohl geschehen? Entweder müßte die Regierung die Kriegsführung einstellen und dem Feinde das Feld überlassen, oder sie müßte sich die notwendigen Mittel durch Staatsstreich verschaffen.“

So steht zu lesen in Nr. 27 der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ vom Jahre 1914. So schätzt man die Machtbefugnis und das Recht des aus dem Volkswillen hervorgegangenen Parlaments ein. Nicht nur damals, nein bis in die letzte Zeit hinein waren diesem Organ der regierungssozialistischen die Machtmittel des Volkes oder des Parlamentes vollständig weisensfremde Begriffe. Mit Bitten und Betteln versuchte man dem Volke neue Rechte zu „erobern“. „Wer das Dreiklassenwahlrecht beiseitigt, leistet so viel als ein Hindenburg“ hieß es am 26. Januar 1917. Und Bethmann Hollweg, der abgedankte Reichskanzler ward also angeleitet:

„Glücklich bist Du zu preisen, Bethmann Hollweg, daß Dir großes zu tun möglich ist. Verstehe die Gunt der Stunde und greife zu, greife zu und erlöse uns von dem Uebel. Tu's, so wird dein Name noch von Kindern und Kindeskindern gepriesen werden als ein neuer St. Georg“. So schrieb jahrelang das Blatt der Scheidemann und heute wirft es den Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vor, sie hätten nicht begriffen, wie die Macht der Volkstretter im Interesse einer Entwicklung zu Frieden und Freiheit zur Geltung zu bringen ist, weil sie dem Ebertschen Antrage, dessen Annahme ein Sieg der positiven Macht ist, nicht zustimmten. Das, was wir in den letzten Tagen im Reichstage erlebten, ist nämlich „der wirkliche Parlamentarismus“, wie die „Volkszeitung“ schreibt. Nicht auf der Grundlage von Verfassungen und Beschlüssen beruht das Wesen des Parlamentarismus, sondern der Besitz der Machtmittel ist seine Grundlage. Nur schade, daß man so spät zu dieser Erkenntnis gekommen ist, vielleicht hätte man schon früher etwas für Freiheit und Frieden tun können, wenn man sich nicht „nur als eine schöne Aulisse, welche den Solovortrag des Reichskanzlers über die politische Lage umkleiden wird, oder ein Automat, aus dem die Vorlage der siebenten Kriegsanleihe, so wie sie hineingesteckt wird, prompt und sauber abgestempelt wieder herauskommt“, (Nummer 155/1917), betrachtet hätte.

Man lernt eben so langsam wieder um, macht den Leuten ein Galafenerwerk vor und versucht auf diese Weise den ständig zunehmenden Leiderschwund zu bannen. — Man hat die Macht des Volkes und seiner Vertreter wieder erkannt, ob man sie auch anwenden wird?

„Der Reichstag ist ihr (der Regierung) eine Notwendigkeit geworden, weil sie nur mit seiner Zustimmung und sogar auch nur mit Zustimmung einer großen Mehrheit des Hauses in der Lage ist, die Finanzrüstung des Reiches zu schaffen und dauernd aufrecht zu erhalten.“

So schreibt man heute, wie wird man schreiben, nachdem man die nächsten Kredite bewilligt haben wird, ohne Entgegenkommen von der Regierung in der Frage der „Neuorientierung“ gefunden zu haben oder eine klare und unzweideutige Zusage zu dem Programm des russischen Arbeiter- und Soldatenrates „Frieden ohne Annexionen“ erhalten zu haben?

Das „Hamburger Echo“ beschäftigt sich in seiner Nummer vom 14. Juli an leitender Stelle mit der Politik des Kaisers, und schließt seinen Artikel mit folgenden, der bisherigen Haltung dieses regierungssozialistischen Blattes entsprechenden Sätzen:

„Daß die deutsche Sozialdemokratie unbeschadet ihrer demokratischen Grundsätze nicht darauf verzichtet ist, aus Deutschland eine Republik zu machen, am allerwenigsten eine bürgerliche Republik nach französisch-amerikanischen Vorbild, ist oft genug gesagt worden. Bleiben der Deutsche Kaiser und seine Nachfolger den Grundsätzen treu, die erntet in der Osterbootschaft und im Julierlaß ausgesprochen sind, so wird in den kommenden Zeiten die Monarchie Deutschlands auf den Schultern der Millionen werktätiger Männer, die nun zu voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung gelangen sollen, mindestens ebenso fest und sicher ruhen, wie auf den gekrümmten Rücken jener altpreußischen Granden, deren Königstreue jedesmal zu wackeln beginnt, wenn der König nicht ihren Willen tut.“

Die Denkschrift der Regierungssozialisten im russischen Urteil.

Wer wie wir dem „Friedensprogramm“ der deutschen Mehrheit, dargelegt in ihrer Denkschrift für Stockholm, von Anfang an kritisch gegenüberstand, konnte keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß es weniger die Annäherung der zerstreuten Teile der Internationale als die Erkenntnis des wahren Charakters der Scheidemann-Partei im Inlande wie im Auslande fördern würde. Die Aufnahme, die dieses Programm in Rußland gefunden hat, wozu es in erster Linie gerichtet war, liefert dafür den schlagendsten Beweis. Daß die bürgerliche Presse diese Denkschrift heftig angreift, könnte uns gleichgültig sein, denn es entspricht überall der Taktik der bürgerlichen imperialistischen Presse, die Prinzipienlosigkeit und den antisozialistischen Charakter der sozialistischen „Umturner“ und Renegaten in den — feindlichen Ländern zu geißeln. Erwähnenswert wäre höchstens, daß die führende bürgerliche Presse in Rußland den Widerspruch zwischen der formellen Zustimmung zu der Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrates und dem materiellen Inhalt der deutschen Mehrheitsdenkschrift zu heftigen Angriffen gegen diese Friedensformel selbst benutzte. Wesentlich ist, daß die Mehrheitsdenkschrift in der russischen sozialistischen Presse auf allgemeine Ablehnung stößt. So erklärt Gorkis Blatt „Nowaja Sien“ (Neues Leben) die Denkschrift beweise, daß die deutsche Mehrheit nach wie vor im Dienste des Imperialismus stehe. Sehr eingehend setzt sich die „Rabotskaja Gazetta“ (Arbeiterzeitung), das Organ der gemäßigten Mehrheit der Menschewitsch und der sozialistischen Minister mit der Mehrheitsdenkschrift auseinander. „Einen deprimierenden Eindruck — schreibt das Blatt — übt die Denkschrift der sozialistischen Mehrheitsdelegierten in Stockholm aus. Sie erkennen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen an. Aber, gleichsam als läßt sie über uns, erachten sie als möglich, dieses Recht nur für eine Seite anzuwenden, ohne es auch für die andere als zulässig zu erachten. Dieses Recht ist nach ihrer Meinung absolut anwendbar gegenüber Rußisch-Polen und Finnland, aber nicht anwendbar gegenüber Polen, Galizien und Elsaß-Lothringen. Auf Grund welches Prinzips? Den Völkern, die ihre ehemalige Selbstständigkeit verloren hatten, sich aber durch die Ereignisse dieses Krieges befreit sahen, könne die Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung nicht verweigert werden! Hier ist alles großartig. Was bedeutet das Wort von der Befreiung durch die Ereignisse dieses Krieges gegenüber Finnland? Nicht durch den Krieg, sondern durch die Revolution ist Finnland befreit worden und wird nach Einberufung der Konstituante sein volles Selbstbestimmungsrecht erhalten.“

Und dann das Prinzip selbst: das Recht der Selbstbestimmung wird anerkannt, je nachdem ein Land durch den Krieg befreit oder nicht befreit worden ist. Ist eine solche Fragestellung nicht gleichbedeutend mit der direkten Aufforderung, das Problem mit den Waffen zu lösen? Wir haben Rußisch-Polen erobert, deshalb besitzt es das Recht der Selbstbestimmung. Ihr habt Polen und Galizien nicht erobert, deshalb besitzen jene dieses Recht nicht.

„Die deutsche Sozialdemokratie — heißt es in der Denkschrift weiter — fordert für die Elsaß-Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches.“ Möglich, daß das die beste Lösung ist. Aber das Recht der Selbstbestimmung setzt voraus, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens selber entscheiden soll, ob das die beste Lösung ist oder nicht.

Wir sagen natürlich nicht, daß man den Krieg so lange fortsetzen müsse, bis Polen oder Elsaß-Lothringen das Recht der Selbstbestimmung erhalten würden. Polen und Elsaß-Lothringen müssen zuerst befragt werden, ob sie die Möglichkeit, frei über ihr Schicksal zu verfügen, um den Preis ihrer vorherigen Bewahrung und Zerstörung erhalten wollen.

Ueberhaupt können und dürfen wir nicht wünschen, diese oder jene brennende Frage durch den Krieg zu lösen. Der einfache Verzicht auf gewalttätige Annexionen und Kriegsschädigungen würde genügen, um die Friedensverhandlungen beginnen zu können. Und sobald das geschieht, wird der vereinte Druck der Demokratie in allen Ländern die einzige Macht sein, die wir zur praktischen Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen ins Feld führen können.

Aber das Recht der Selbstbestimmung der Nationen muß für jeden Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein. Und es ist betäubend, daß Scheidemann und Genossen diese Selbstverständlichkeit vergessen haben. Offenbar ist die Freundschaft mit Bethmann-Hollweg nicht spurlos an ihnen vorüber gegangen.“

Soweit das Organ der derzeitigen Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrates, das mit der Politik der sozialistischen Minister durchaus konform geht. Wir geben diese Politik deshalb so ausführlich wieder, weil der „Vorwärts“ immer wieder das Bestreben zeigt, sich gerade dieser Strömung des russischen Sozialismus anzubiedern und zu betonen, daß „der Zwang der Verantwortung die großen sozialistischen Parteien überall auf dieselbe Linie“, d. h. auf die Linie der Mehrheitspolitik führe. Wir nehmen deshalb an, daß die Lektüre der wiedergegebenen Kritik dem „Vorwärts“ und seinen Hintermännern besonders deutlich offenbaren dürfte, welche Wirkung das Stockholmer „Friedensprogramm“ der Scheidemann auf eine der „großen sozialistischen Parteien“ des Auslandes ausgeübt hat.

Die Preßkommission des „Vorwärts“

Am 29. April hat sich die Organisation der Regierungssozialisten neu gegründet. Sie hat unter anderem auch eine Preßkommission bestimmt, die über den „Vorwärts“ — dem geraubten Organ der Berliner Genossen — wachen soll. Diese neue Preßkommission hat mehrere Sitzungen abgehalten. Eine ihrer ersten Aufgaben war, dem Parteivorstande und Herrn Richard Fischer Genfersdienste zu leisten. Sie hat folgende Resolution beschlossen:

„Die Preßkommission gibt nach Kenntnisnahme des Sachverhalts und Einsichtnahme der Korrespondenzen ihre Zustimmung zu der von dem Geschäftsführer der Firma Singer & Co. Richard Fischer unter Billigung des Parteivorstandes erfolgten Entlassung der früheren Redakteure des „Vorwärts“ Däumla, Stadthagen, Ströbel, Peid, John und Wielepp.“

Unsere Genossen wissen, daß die genannten Redakteure gegen den Verlag wie gegen den Parteivorstand die Klage angestrengt haben. Nach dem Organisationsstatut können nur Entlassungen stattfinden, wenn Parteivorstand und Preßkommission solche gemeinsam beschließen. Die wirkliche Preßkommission hatte aber im Gegenteil die Redaktion aufgefordert, auf ihre Posten zu bleiben. Aus diesem Grunde war eine Entlassung nicht möglich.

Jetzt haben Parteivorstand und Richard Fischer in Rücksicht auf den schwebenden Prozeß durch die neue ihnen gefügige Preßkommission die Entlassung aussprechen lassen. Der klare Wortlaut des Organisationsstatuts über Anstellungen und Entlassungen war nicht aus der Welt zu schaffen. Dadurch ist aber zugleich festgestellt, daß eine endgültige Entlassung bisher noch nicht vorlag.

Daß unter den heutigen Verhältnissen keiner der entlassenen Redakteure in diesen vom Parteivorstand verfeuchten „Vorwärts“ hineingehört und unter Aufsicht dieser Körperschaft arbeiten würde, könnte sich auch die neue parteivorstandstreue Preßkommission sagen.

Aber auch trotz dieser Entlassung enthält der Vorwärtsverlag den Redakteuren bis heute noch ihre Gehaltsbeträge und auch die von ihrem Gehalt nach Ausbruch des Krieges gemachten Abzüge vor, auf die sie Anspruch haben. Das Gericht muß diese Leute erst zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Der Lebenslauf eines Millionärs.

Wenn ein reicher Mann gestorben ist, finden sich gefällige Federn, um die Verdienste des Verstorbenen in ein möglichst helles Licht zu rücken. Da wird dann sehr oft die alte Geschichte aufgewärmt, wie sich der Mann von klein auf durch seine Umsicht und Tatkraft herausgearbeitet hat zu seinem Reichtum, zu Macht und Einfluß. Von Borstia und von Krupp erzählt man das und neuerdings von Friedländer-Zuld. Herr Friedländer-Zuld, der dieser Tage in Berlin gestorben ist, gehörte zu den reichsten Leuten in Berlin; er war vielfacher Millionär, wußte vielleicht selbst nicht, wie reich er war. Am Pariser Platz führten die Friedländer-Zuld ein großes Haus. Glänzende Gesellschaften fanden hier statt. Diplomaten, Hofleute, Leute von Rang und Stand gaben sich hier ein Stelldichein.

Wie ist Herr Friedländer-Zuld zu seinem Reichtum gekommen?

Sein Vater besaß in Gleiwitz in Oberschlesien eine Kohlenhandlung. Diese übernahm der Verstorbene im Alter von 19 Jahren. Er verstand es, das Geschäft auszuweiden und monopolisierte geradezu die ober-schlesische Kohlenindustrie mit der Firma Caesar Wollheim in seinen Händen. In welcher Weise das geschah, schildern Rührufe in bürgerlichen Blättern also:

„Das nämlich vom „alten“ ober-schlesischen Kohlenbecken gelegene sogenannte Rohnicker Gebiet verdankt ihm zum besten Teil seine Erschließung. Wo bis vor 20 Jahren nur belandlose Zwergebetriebe minderwertige Kohle förderten, ist durch seine Schaffenskraft ein blühendes neues Unternehmen, die Rohnicker Steinkohlen-Gewerkschaft, entstanden. Dieses Riesenwerk ist wie kaum ein zweites Werk in Oberschlesien auf möglichst vollkommene Ausnutzung der Kohle eingerichtet: Große Kokerereien liefern Koks und Nebenzeugnisse; Benzolraffinerien und Teerdestillationen stellen Reinprodukte dar; Brikettfabriken, die zweitgrößten in Deutschland, wandeln die Staubkohle in hochwertige Briketts um; riesige elektrische Zentren liefern die Kohle in Form von Strom in weitestferne Gebiete. Dieses Unternehmen sah Friedländer-Zuld mit Recht als sein eigenes Lebenswerk an. Auch auf anderen Gebieten hat sich der unermüdete Mann betätigt. Im Niederlausitzer Braunkohlenrevier ist die bedeutende Braunkohlen- und Brikettindustrie A. G. seine Schöpfung. Die ober-schlesischen Kokswerke sind aus einem Privatunternehmen von ihm hervorgegangen. Maßgeblich beteiligt war er bei der polnischen Kohlenarube Wroclaw, der ober-schlesischen Kohlenarube Glatz, bei dem polnischen Hochofenwerk Hantke, bei der russischen Eisenindustrie A. G., die ihre Werke in Südrussland hat, bei der russischen Montanindustrie A. G., deren im Donezbecken gelegene Gruben und Kohlenbecken, — während des Krieges zwangsweise verkauft worden sind. Ferner bei der Zementfabrik Silesia in Oppeln, beim Oppelner Textilgewerbe, den Papierfabriken Altdamm-

Stahlhammer und Frantischach, bei der Teerdestillation Silein, bei der Hochdruckbrikettierungs-Gesellschaft. Noch im Kriege hat er sich am Ausbau und an der Schaffung kriegswichtiger Industrien beteiligt: so ist er Großteilhaber und Aufsichtsrat der Bayerischen Stickstoffwerke gewesen, errichtete mit der Firma Beer-Sondheimer u. Co. das Ferro-Siliziumwerk Mückenberg; mit dem Fürsten Pleß zusammen das Karbidwerk Prinzengrube. An der Schaffung der neuen wirtschaftlich so wichtigen Industrie der Gewinnung von Nebenzeugnissen durch Vergasung der Kohle und von Erdölzeugnissen aus der Braunkohle hat er bis zuletzt lebhaften Anteil genommen.

Diese außerordentliche Lebensleistung hat sich auch in der äußeren Stellung ausgeprägt, die Fritz von Friedländer-Zuld im geschäftlichen und gesellschaftlichen Leben einnahm. Er wurde ins Herrenhaus berufen, war Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte. Sein Haus am Pariser Platz neben der französischen Botschaft wurde der Mittelpunkt eines großen und glänzenden gesellschaftlichen Verkehrs. Das Haus Friedländer, in dem neben dem Hausherrn seine Frau, eine geborene Zuld aus Amsterdam, stand, unterhielt enge, zum Teil sportliche Beziehungen mit der Hofgesellschaft, mit Regierungs- und Finanzkreisen. Im Jahre 1906 wurde Fritz Friedländer der preussische Adel verliehen. Er nahm den Namen Fritz von Friedländer-Zuld an. Der Kronprinz und Prinz Heinrich zählten zu den Gästen des Hauses. Eine Reihe hoher Orden und Auszeichnungen drückte die Anerkennung für das Wirken des Verstorbenen aus. Noch vor wenigen Tagen wurde ihm das Eisenerz-Kreuz am weis-schwarzen Bande als Anerkennung für seine wirtschaftlichen und Wohltätigkeitsleistungen im Kriege verliehen.“

Es ist natürlich unmöglich, daß ein einzelner Mensch so aus dem Handgelenk zum Millionär wird, nur durch seine eigene Arbeitskraft. Abgesehen von Kriegszeiten wie jetzt, wo durch Vermittlungsgeschäfte dieser oder jener es zu großem Vermögen gebracht hat, kann ein Arbeiter, der nichts als seine Arbeitskraft besitzt, keine Reichtümer sammeln. Er wird immer nur soviel verdienen, um sich gerade über Wasser halten zu können. Der Arbeiter, der durch die wirtschaftliche Entwicklung von den Arbeitsmitteln losgelöst ist, verfügt nur über seine Arbeitskraft als sein einziges Kapital. Werkzeuge, Maschinen, Kohlenaruben befinden sich in den Händen von Kapitalisten-gruppen, die dieses Monopol im Interesse des Profits ausnützen, nicht im Interesse der Allgemeinheit. Sie haben ihre Leute, die für sie arbeiten, geistig und körperlich und welche die großen Reichtümer herbeischaffen helfen. Und weil dem so ist, müssen die Arbeiter als Klasse auftreten, ihr gemeinsames Interesse wahren, für ihre Sache wirken. Nur wenn sie ihre Lage erkennen und gemeinsam handeln, nur dann können sie ihr Los besser gestalten. Der Sozialismus lehrt dem Arbeiter, daß das Privateigentum an Arbeitsmitteln, an Bergwerken, Fabriken, Gemein-eigentum werden muß und daß eine bessere Zeit nur kommen kann, wenn die Produktion für die Gesellschaft und durch die Gesellschaft geschieht, wie dies durch den Krieg auf dem Gebiete der Warenverteilung teilweise der Fall ist.

Der Hindenburg des roten Berlin.

In einem Artikel, der die Wahlrechtsbewegung behandelt, und der dem Gedemken Ludwig Brants gewidmet sein soll, verbricht der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, folgende Sätze:

„Mit jedemmal hatten die Straßendemonstrationen in Berlin und anderen Städten an Umfang und Vehementheit zugenommen. Unser Eugen Ernst, der Hindenburg des roten Berlin, gewann über die blauen Jagow-Preußen seine laudenden Siege. Aber auch dieses Mittel verding nicht, die Arbeiter hatten es satt, wehrlos vor klappernden Pferdehufen und geschwungenen Klängen davonzulassen. Wie ein Lauffeuer ging die Parole durch die Zahlabende: Entweder das nächste Mal Widerstand leisten oder überhaupt nicht wieder!“

Wir sind es von Stampfer gewöhnt, daß er stark aufzutragen versteht. Aber Hindenburg des roten Berlin — das ist doch allzureichlich. Was ist dieser Hindenburg heute ohne Truppen?

Aus der Bewegung.

Die Abhängigen unter Vandratoßschuh. Am Mittwoch hielt Genosse Eichhorn im Wahlkreis Kowawes einen Vortrag über die Stockholmer Konferenzen. Als er bei dieser Gelegenheit auch das sogenannte Friedensprogramm der Abhängigen Sozialdemokraten besprach und den Eindruck schilderte, den dieses Programm bei den Sozialisten der anderen Staaten gemacht habe, stand der überwachende Beamte auf, setzte den Helm auf und forderte den Redner auf, „jeden Angriff auf die Mehrheitssozialisten“ zu unterlassen. Auf Verordnung des Herrn Vandratoß sei es verboten, die Mehrheitssozialisten anzugreifen. Im Falle seiner Anordnung nicht nachgekommen werde, müsse er die Versammlung auflösen. — Genosse Eichhorn erkundigte sich höflich nach dem Wortlaut jener landrätlichen Verordnung, die die Abhängigen unter höheren behördlichen Schutz stellt als selbst die Regierung. Der Gendarm hatte sie indeffen nicht bei der Hand und meinte, der Herr Vandratoß werde weitere Auskunft geben.

Daß dieses Intermezzo in der Versammlung für-mliche Heiterkeit auslöste und daß der Genosse Eichhorn nicht unterließ, diese neueste Schutzmaßregel für die Regierungssozialisten entsprechend zu glorifizieren, ist begreiflich.

Friedrichshagen. Vom Sozialdemokratischen Wahlverein Friedrichshagen wird uns geschrieben: In Nr. 12 des „Mitteilungsblattes“ teilten wir mit, daß der frühere Vorsitzende des Wahlvereins, Köderitz, die sich widerrechtlich angeeignete Kasse bis heute noch nicht abgeliefert hat. Von dritter Seite wird uns nun der „Vorwärts“ vom 24. August übermittelt, in welchem Herr Köderitz eine Notiz veröffentlicht, welche wohl als Widerlegung gelten soll. Es liegt daher im Interesse der Parteimitglieder, die Handlung des betreffenden Herrn etwas näher zu beleuchten, um zu zeigen, auf welcher Seite mit unfairen Mitteln gearbeitet wird. Als der frühere Kassierer Ahmann zum Militär eingezogen wurde, übergab er die Kasse an Köderitz ohne daß der Revisor Gen. Barth hinzugezogen oder benachrichtigt wurde. In der darauffolgenden Mitgliederversammlung wurde Genosse Wiedemann zum Kassierer gewählt. Derselbe ging nun zu Köderitz, um, wie es bisher in der Arbeiterbewegung üblich, seinen Posten anzutreten und die Kasse zu übernehmen. Derselbe wurde ihm aber, wahrscheinlich auf höhere Anweisung, mit allerhand Ausflüchten, im Beisein des hier Unterzeichneten verweigert. Auch die Kreisrevisoren, welche die Uebergabe der Kasse forderten, wurden auf dem Treppenhof abgefertigt, er, Köderitz, werde schon abrechnen. Es fand dann im März eine Versammlung statt, in welcher auf Antrag des anscheinend geistigen Inspirators Janion die Spaltung des örtlichen Wahlvereins vor sich gehen sollte. Nach dem Antrage Janions sollte die Kasse, auf welcher sich die Mehrheit befindet der alte Wahlverein bleiben, d. h. daß alles Eigentum des Vereins in die Hände der Majorität übergeht. Selbst Janion und Hecker als Anhänger Köderitz erklärten, daß derselbe die Kasse abzuliefern habe, und er selbst sagte dann zu, daß er abrechnen wolle. Nachdem sich nun bei der Abstimmung die Mehrheit für die Dissolution entschied — man hatte sich anscheinend stark verrecknet —, verließ Köderitz mit seinem Anhang die Versammlung und gründete die Sonderorganisation. Die dem Kreiswahlverein Niederbarnim gebührenden Beitragsmarken, bzw. die dafür eingenommenen Gelder, welche, mit Ausnahme eines Bezirkskassierers, an Köderitz abgeliefert wurden, sind bis heute noch nicht mit dem Kreisvorstand abgerechnet, trotz abgegebenem Versprechen also unterschlagen worden. Daß Gelder bei der Konsumgenossenschaft hinterlegt sein sollen, darüber schwirren wohl allerhand Gerüchte, offiziell sind und noch keine Beweise gegeben worden, was ja bei der Geheimstämmerie des Sonderorganisationens nicht zu verwundern ist. Die Mehrheit der Parteigenossen am Ort hat sich für den alten Wahlverein, welcher den alten sozialistischen Grundfragen treu geblieben ist, entschieden, und diesem gehört daher alles bisherige Eigentum. Um ihren Arbeiterverrat zu bemängeln werden die Herrschaften sich hinter die feldgrauen Genossen. Na, diese werden ihnen schon bei gegebener Zeit den verdienten Judaslohn auszahlen. Rawrock.

Neußölln. In einer stark besuchten Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins in Neußölln (U. S. P. D.) sprach am Dienstag Genosse Emil Eichhorn über die politische Situation. Genosse Eichhorn schilderte die einzelnen Phasen der Reichstagsrevolution und zeigte, welche Politik für die Arbeiterklasse die einzige richtige ist. Nur die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vertritt wirksam die proletarischen Interessen. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Kreiskonferenz des Reichstagswahlkreises Zeitz-Weichenfels sagte am letzten Sonntag folgenden Bescheid: „Der Kreis tag beschließt, der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Naumburg-Weichenfels-Zeitz schließt sich heute mit seinen gesamten Kassen, Beständen, Inventar und Fonds, sowie mit seinem Organ, dem „Volkssboten“, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an.“ Obwohl der Abgeordnete des Kreises, Thiele, wiederholt in längerer Rede gegen diesen Antrag sprach, wurde er in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 12 Stimmen angenommen. Reichmann-Naumburg verlas eine längere Erklärung einiger Genossen, die gegen den Antrag gestimmt haben. Nach Schluß der Versammlung erklärten aber andere Genossen, daß ihre Abstimmung zwar gegen den Antrag gelaute habe, daß sie aber den Anschluß an die Unabhängige Partei mit vornehmen. Die Anstellung eines Bezirkssekretärs wurde beschlossen und als solcher Genosse Windau-Vochum gewählt.

In der Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Zauch-Belzig-Luckenwalde, die am 15. Juni in Luckenwalde tagte und in der Wels referierte, erklärte der Abgeordnete des Kreises, Ferdinand Oswald, daß er im Reichstage für die ersten beiden Kriegskredite gestimmt habe, bei den beiden nachfolgenden Kreditvorlagen habe er sich der Stimme enthalten, weil er der Ansicht war, daß von der Reichsleitung nichts unternommen würde, um den Frieden herbeizuführen. Durch die Ablehnung der Friedensangebote Deutschlands durch die feindlichen Staaten habe er sich veranlaßt gesehen, für die darauffolgende Kreditvorlage zu stimmen. Die Versammlung beschloß eine Resolution, daß die neuerdings angeforderten Kriegskredite nur dann bewilligt werden sollen, wenn 1. die Reichsleitung die unzweideutige Erklärung abgibt, daß sie zu einem Frieden ohne Annexionen jeglicher Art und ohne Entschädigungen bereit ist, sofern derselbe die Unverletztheit des Reiches und seine wirtschaftliche Existenz und Weiterentwicklung in sich schließt, 2. die Reichsleitung der Demokratisierung der inneren politischen und sozialen Verhältnisse zustimmt und die Gewißheit besteht, daß zur Friedebingung der preussischen Wahlrechtsfrage mindestens im Sinne des Reichstagswahlrechtes noch während des Krieges Schritte unternommen werden.“ Die Regierungssozialisten werden auch so für die Kredite stimmen müssen, wenn sie ihre ganze bisherige Politik nicht als falsch erklären und sich als Politiker unmöglich machen wollen.

Aus Cobens Wahlkreis. Die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Coben Wahlkreis mit 35 gegen 9 Stimmen dem Antrag Zeulenroda gemäß den Anschlägen an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Von den dagegen stimmenden Genossen erklärte noch ein Teil, daß er sich keiner anderen Organisation anschließen werde und lediglich aus opportunistischen Gründen gegen den Antrag Zeulenroda sei.

Unabhängige Organisation im Wahlkreise Wanzleben. An den letzten beiden Sonntagen wurde im Wahlkreise Wanzleben Organisationen für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ins Leben gerufen. Es sind Mitglieder aufgenommen worden in Groß- und Klein-Otterleben, Damsdorf, Fernersleben und Salze-Beisterhufen. Die Wahlen der Ortsverwaltungen in diesen Ortschaften wurden von den Mitgliedern vollzogen; in der nächsten Zeit soll eine Kreisleitung geschaffen werden.

Überall herrscht die beste Stimmung, die auf die besten Fortschritte für die Unabhängige Partei schließen läßt.

Königsberg i. P. Uns wird geschrieben: Der stellvertretende kommandierende General des 1. Armeekorps machte am 10. Juli in der Tagespresse bekannt, daß wegen Teilnahme an den Lebensmittelkrawallen in Königsberg am 24. und 25. Mai bis jetzt 46 Personen von dem Königsberger außerordentlichen Kriegsgericht verurteilt seien. Weitere Aburteilungen hängen davon ab, in wie vielen Fällen sei Zucht haus verhängt worden, im übrigen seien meist empfindliche Gefängnisstrafen, in zahlreichen Fällen mit 1 Jahr und länger, ausgesprochen. Im Anschluß hieran äußerte sich die „Königsberger Volkszeitung“ dahin, durch solche Vorkommnisse würde das gerade Gegenteil einer geregelten Lebensmittelverteilung erreicht. Die Behörden könnten gar nicht anders, als gegen Lebensmittelunruhen einschreiten. Man könnte bis zu einem gewissen Grade, wenn man allen Beteiligten Gerechtigkeit widerfahren lassen wolle, auch verstehen, daß durch wahrlich nicht leichte Urteile der Wiederholung solcher Vorkommnisse vorzubeugen versucht werde. Die Behörden erblickten darin wohl eine jener durch den Krieg bedingten Notwendigkeiten, hinter der zum Wohle der Gesamtheit die Rücksicht gegen einzelne zurücktreten müsse.

Wie „Wahlen“ zur letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zustande gekommen sind, dafür können wir folgendes Beispiel anführen: Die drei Verwaltungsstellen Königsberg, Danzig und Rostock wählten in einem Wahlbezirk einen Kandidaten. Es erhielten Stimmen: Danzig 186, Königsberg 370 und Rostock 297. Nach dem Verbandsstatut ist der gewählt, der die relative Mehrheit der Stimmen erhält. Königsberg, ein Anhänger der Opposition und kein Angestellter, war gewählt worden, doch die Bezirksleitung erklärte einfach seine Wahl für ungültig, weil in Danzig die Wahlzeit überschritten worden wäre. Eine Neuwahl fand nicht statt, dafür entschied die Bezirksleitung, daß Rostock kein Oppositioneller, dafür aber — Königsberg die meisten Stimmen bekommen hätte. Rostock ist kein Oppositioneller, dafür aber — Königsberg die meisten Stimmen bekommen hätte. Rostock ist kein Oppositioneller, dafür aber — Königsberg die meisten Stimmen bekommen hätte. Rostock ist kein Oppositioneller, dafür aber — Königsberg die meisten Stimmen bekommen hätte.

Insterburg. Der allergrößte Teil der Genossinnen und Genossen hält trenn zur Politik des alten Bezirksvorstandes, der auf dem Boden der Opposition steht. Herr Seemann, der neue Sekretär des Parteivorstandes, versuchte in einer Versammlung mit heißem Bemühen, die Genossinnen und Genossen für den Regierungssozialismus zu gewinnen. Das ist ihm gänzlich mißlungen. Die Versammlung war nicht auf seinen Wunsch einberufen. Er hatte sich als Referent in Vorschlag gebracht und geschrieben, Parteisekretär Genosse Vinde könne nach ihm das Wort erhalten. Es wurde aber vereinbart, daß Vinde und Seemann mit gleichen Rechten in der Versammlung reden sollten. Die Versammlung, die am Sonntag, den 15. Juli stattfand, war von etwa 80 Personen besucht. Die Anhänger Vinde und Seemanns sahen gesondert. Die Zahl der ersteren betrug gegen 60, die Zahl der letzteren etwa 20. Seemann referierte zuerst. Er verurteilte die Politik der Regierungssozialisten zu rechtfertigen. In seinem Referat fehlte es natürlich nicht an Beschimpfungen des Genossen Gasse im Stile der „Königsberger Volkszeitung“. Es war Genosse Vinde leicht, unter dem lebhaften Beifall des größten Teils der Versammlung Herrn Seemann gründlich heimzulenkeln. Als dieser das Schlusswort nehmen wollte, sagte ihm Genosse Vinde, daß er dasselbe Recht habe, wie Seemann, verzichte dieser nicht auf das Schlusswort, so müsse er es auch erhalten. Seemann war der Meinung, daß er als Referent Anspruch auf das Schlusswort habe, und ergriff es auch. Die Versammlung hatte aber keine Lust mehr, ihn anzuhören. Ein Teilnehmer nach dem anderen ging hinaus, und es fehlte nicht an Jurasen: „Wir sind alle für Vinde!“ Seemann sprach aber unverdrossen weiter. Selbst eine Reihe seiner Anhänger redete er hinaus, denn schließlich waren nur noch — sieben seiner Getreuen anwesend, so daß er schließlich auf eine Abstimmung über seine Resolution verzichtete. Die Versammlung, für die er und seine Anhänger vorher die größten Anstrengungen gemacht hatten, endete für die Regierungssozialisten mit einem Mißfolge, während Genosse Vinde fünfzehn neue Mitglieder aufnehmen konnte.

Tüft. Die Mehrheitssozialisten machen hier erstaunliche Fortschritte. Kürzlich sollte eine Versammlung stattfinden, zu der aber kein Redner aufzubreiten war. Es wurde bald eine zweite Versammlung einberufen, zu der sich der Parteisekretär des Parteivor-

standes, Herr Seemann, eingefunden hatte. Diese Versammlung konnte aber nicht abgehalten werden, weil fast gar keine Teilnehmer erschienen waren. Wenn das so weiter geht, wird Tüft ja bald eine besonders starke Domäne der Regierungssozialisten werden.

Elbing. Sehr übel erging es in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins dem Regierungssozialisten Bartel, Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“. Er verurteilte der Versammlung die Wohltaten dieses „Verteidigungskrieges“ sowie des Hilfsdienstgesetzes vor Augen zu führen, hatte aber vergessen, daß er Arbeiter vor sich hatte. Nach dem Referat Bartels ergriff ein Genosse das Wort, und in zweifelhafter Rede führte er Bartel gründlich ab. Als dieser im Schlusswort den Genossen todschreien wollte, riefen ihm die Genossen zu: „Naus mit dem Pump!“ Sie bedachten Bartel mit weiteren Liebenswürdigkeiten, nannten ihn Verräter und meinten, er möge nach Königsberg gehen und sein Mißblatt schmieren. Auch solle er sich vom Regierungspräsidenten die Hand drücken lassen. Bartel wird wohl nicht noch einmal nach Elbing kommen. Diese erreichte Haltung der Arbeiter läßt deutlich erkennen, wie sie die Politik der Regierungssozialisten beurteilen.

Für die Frauen.

Die österreichischen Frauen für das Stimmrecht. In Oesterreich entfalten die Frauen eine eifrige Agitation für das Frauenstimmrecht. Am 17. Juni fanden zehn Frauensammlungen in Wien und Umgebung statt, in denen allen das Stimmrecht zur Diskussion stand. Dies soll nur der Beginn einer ausgedehnten Propaganda sein. Auch der deutsch-böhmische Arbeitertag nahm jüngst in Prag Stellung für das Frauenwahlrecht nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede der Genossin Popp.

Weibliche Schutzleute in England. Es wird zurzeit in England eine rege Propaganda entfaltet, um einen weiteren Zugang von Frauen zur Schutzmannschaft zu erzielen. Es sind im ganzen Land nun rund 2500 weibliche Schutzleute angehehrt, davon 400 in London-City. Man will die Zahl aber binnen kurzem auf 10 000 bringen. In jüngster Zeit sind auch die ersten Parkwächterinnen in London fest angehehrt worden. Dies in England sehr angesehene Amt wird vom König vergeben; die Frauen sind aus den bewährten Polizistinnen gewählt worden. Sie haben dieselben Rechte wie die Männer, einschließlich des Rechts zu verhaften.

Gleichstellung der finnischen Frauen im Staatsdienst. Der Verfassungsausschuß des finnischen Landtages hat auf Antrag eines weiblichen Abgeordneten vorgeschlagen, in der neuen Verfassung zu bestimmen, daß das Recht, Staatsämter zu bekleiden, jedem finnischen Untertan ohne Rücksicht auf das Geschlecht zustehe soll.

Aus der Zeit.

Eintönnliche Schweinegeschäfte hat der Administrator von Eberstadt in Düppel bei Wannsee gemacht; der Mann ist Generalverwalter der etwa 20 Güter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. Die Polizei ermittelte, daß von Eberstadt mit verschiedenen Personen in Geschäftsverbindung stand wegen Abgabe von Schweinen weit über dem Höchstpreis. Einmal ist der Verkauf von Schweinen an andere Personen als an den Viehhandelsverband verboten; dann aber ist die Ueberschreitung der Höchstpreise strafbar. Das weiß Herr von Eberstadt, muß es wissen. Trotzdem macht er derartige Geschäfte. Noch vor ganz kurzer Zeit verkaufte er an den Schächtermeister Haseloff aus Lettow 12 Schweine. Die Gendarmen war aber auf dem Posten; sie beschlagnahmte die Vorkünder und verhaftete Haseloff. Auch Herr von Eberstadt ist in Haft genommen worden.

Man sollte meinen, daß gerade diejenigen die geltenden Bestimmungen, die im Interesse der Volksernährung getroffen worden, am ehesten respektieren sollten, die besonders Wert auf ihre patriotische Gesinnung legen. Aber Geld wirft alles über den Haufen.

Kriegsprofite. Die Rheinische Automobil- und Motorenfabrik Benz & Co. hat ein fettes Jahr hinter sich. Während die Gesellschaft im letzten Friedensjahre eine Dividende an die Aktionäre nicht ausschütten konnte, brachten die Kriegsjahre ungeahnte Profite. Die Dividenden stiegen von 12 auf 20 Prozent und im abgelaufenen Geschäftsjahre kamen nicht weniger denn 30 Prozent zur Verteilung. Daneben sind aber auf die Maschinen so hohe Beträge abgeschrieben, daß sie nur mit einigen Mark zu Buch stehen, während das Maschinenkonto allein im Vorjahre noch etwa 1 Million betrug.

Eine hochwichtige Begebenheit. In einem Berliner Mittagsblatt ist folgende Notiz zu lesen:

Die von der gesamten deutschen Sportgemeinde mit höchster Spannung erwartete, bisher aber nicht zustande gekommene Begegnung zwischen unseren beiden besten Dreijährigen, dem unge schlagenen Derby Sieger Landgraf und dem in diesem Jahre ebenfalls unbesiegten Pergolese, wird sich nunmehr vielleicht doch noch verwirklichen lassen. Sowohl der Sanielle wie der Weinbergische Hengst beäugen Engagements in der großen Hannoverischen Rennwoche, doch ist Landgraf kürzlich sowohl aus dem Grabensee-Erinnerungsrennen, wie dem Großen Preis von Hannover gestrichen worden. Nunmehr hat, wie uns kurz vor Redaktionsschluss aus der Feinstadt gedrahlet wird, der rührige Hannoverische Rennverein ein Extrarennen ausgeschrieben, das die beiden Elitehengste innerhalb der am 3. August beginnenden Großen Woche zusammenführen soll.

Wie wenn sich zwei Könige begegnen, so wird hier die Begegnung zweier Rennpferde dargestellt. Telegraphieren läßt sich das Blatt diese wichtige Begegnung noch. Wir haben es herrlich weiß gebracht! Wundern

sollte man sich eigentlich über diese Wertung einer Pferdebegegnung nicht, da die Pferderennen „nur die notwendigen Leistungsprüfungen für die Vollblutzucht“ darstellen sollen. Deswegen soll es auch bei den für die Kräftigerhaltung der Rennpferde notwendigen Daserzulagen bleiben, auch der Kohlenverbrauch für den Eisenbahnverkehr zu den Rennen spiele keine Rolle.

Manche Leute werden meinen, daß die Arbeitspferde die Daserzulagen notwendiger brauchen als Rennpferde. Mehr noch muß man aber der Meinung sein, daß der Bevölkerung Ernährungsprodukte aus Daser noch notwendiger tun als den Rennpferden.

Noch nicht genug Teuerung. Auch die deutschen Mühlenindustriellen haben es eilig, die Brotverteuerung auch über den Ariea hinaus schon jetzt festzulegen. Einer Nachrichtenstelle zufolge hat die deutsche Mühlenindustrie, die in drei großen Organisationen zusammengefaßt ist, an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der Wünsche für die künftige Gestaltung der Mehlzölle vorgetragen werden. Für den Fall einer Beibehaltung der jetzigen Zollsätze für Getreide wird eine Heraussetzung des Mehlzölles auf das Zweieinhalbfache des Kornzölles in Vorschlag gebracht. Bei einer etwaigen Herabsetzung der Getreidezölle wird die Erhöhung der Mehlzölle auf das Dreieinhalbfache des Kornzölles für notwendig erklärt. Die Eingabe soll zum guten Teil durch die starke Konkurrenz der billiger arbeitenden ungarischen Großmühlen veranlaßt worden sein.

Begen großer Getreideschiebungen ist der Getreidehändler Kagenellenbogen aus Charlottenburg von der Poener Strafammer zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 800 000 Mk. verurteilt worden. Die Strafe fiel so niedrig aus, weil das Gericht zugute hielt, daß er von hochstehenden Persönlichkeiten zu den Getreideschiebungen verführt worden ist. Man hat den Mann, der bei den Getreidegeschäften Riesengewinne machen konnte, gegen eine Kaution von 300 000 Mk. auf freien Fuß gesetzt.

Im Anschluß an die Verhandlung gegen Kagenellenbogen wurde verhandelt gegen einen Landschaftsrat Tsch. Er gehört dem Vorstand der landwirtschaftlichen Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Posen an und hat sich nach der Anklage in 16 Fällen an Getreide-Schiebungsgeheimnissen beteiligt. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten und 12 000 Mk. Geldstrafe. Das Urteil ist in dieser Verhandlung noch nicht gefällt.

Es empfiehlt sich für jeden Besitzer, sein Geld in Sicherheit zu bringen. Der Bankier Michael Kagenstein verriecht an Rittergutsbesitzer folgende bezeichnende Offerte:

„Hierdurch wollte ich mir die höfliche Anfrage erlauben, ob Sie geneigt wären, Ihr Rittergut bei voller Auszahlung Ihres Guthabens zu verkaufen, in welchem Falle ich Ihnen einen schnell entschlossenen Käufer nachweisen könnte. Da sich noch gar nicht absehen läßt, was aus diesem Kriege werden wird, so empfiehlt es sich für jeden Besitzer, sein Geld in Sicherheit zu bringen und deshalb dürfte es Ihnen gewiß sehr angenehm sein, von mir diese Anregung zum Verkaufe zu erhalten. Ich wäre Ihnen für eine baldige Uebermittlung aller Daten mit äußerster Eile sehr verbunden. Je ausführlicher Ihre gest. Angaben sein werden, desto schneller wird der Abschluß erfolgen. Sie könnten sich der sorgfältigsten Wahrnehmung Ihrer Interessen und der diskreten Bearbeitung des Verkaufes versichert halten.“

Hochachtungsvoll
Herr Kagenstein appelliert an die Herren Rittergutsbesitzer, ihr Geld in Sicherheit zu bringen. Man die Gefahr ruhig andere verschlingen.

Quittung.

Vom 10. Mai bis 10. Juli 1917 gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ein: Von der schwarzen Maske 3000 Mk., von Ungenannt durch E. J. 5 Mk., von A. 300 Mk., durch E. B. 300 Mk., von G. Brandenburg 20 Mk., von L. Königsberg 76,58 Mk., von A. aus Erlangen 5 Mk., durch Gen. G. 150 Mk., von D. Friedrichshagen 5 Mk., von Ch. Grimma 50 Mk., von A. Schmalkalden 22 Mk., von St. Bitterfeld 5 Mk., deponierte Parteibeiträge der Genossin Jerkin durch S. Bod 16 Mk., von A. B. C. Freiburg i. B. 20 Mk., von G. Gotha 91,72 Mk., von M. durch G. Gotha 14 Mk., von B. Halberstadt auf Pfenn 71 Mk., von Ch. Neudölln 3 Mk., von G. Berlin 5 Mk., von Ch. Leipzig: für die Opfer des P. B. 375,80 Mk., von G. Hann-Münden 36 Mk., von der schwarzen Maske 2000 Mk., von S. Steint 100 Mk., von pommerischen Parteigenossen im Felde gesammelt 95,40 Mk., von T. Leipzig 1000 Mk., von S. Berlin 500 Mk., vom Kreis Niederbarnim 1000 Mk., vom Niederhein 1283,92 Mk., von G. Gotha auf Pfenn 100 Mk., von Ch. Breslau 42,15 Mk., von E. Arnstadt auf Pfenn 24 Mk., von Slamen bei Spremberg 7,50 Mk., von der schwarzen Maske 3000 Mk., von R. Danzig 10,62 Mk., von H. Halle auf Pfenn 110,85 Mk., von Ch. Memel aus dem Felde 10 Mk., von E. München 5 Mk., von der alten Opposition durch G. 610 Mk., von Franz H. Neukölln aus dem Felde 5 Mk., von Ch. aus dem Felde 8 Mk., von G. Kiel 230,37 Mk., von einem Nichtmüllerer A. G. aus dem Felde 2 Mk., von Ungenannt 5 Mk., von M. G. 10 Mk., von Randow-Greifenhagen 75 Mk., von Kollegen der Firma Otto Böhme-Wittenau-Waldstraße 3,50 Mk., von E. aus Großtabarz 5 Mk., für Brotschüren 8,25 Mk., von Chemnitz 19,76 Mk. und 7,50 Mk., von einem Feldgrauen durch G. 20 Mk., von vier Genossen durch G. 700 Mk., von T. Magdeburg 65 Mk., 3 Mk. von Ungenannt für Parteizwecke.

Wilhelm Dittmann,
Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3. Tr.
(Bei Geldsendungen wolle man das Postcheckkonto Berlin 32 287 benutzen.)